

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

Band 12

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/107

Die "Frankfurter Schule": Die Inquisition der antifaschistischen Gutmenschen, Teil 4

Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 11. Juni 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Nie wieder Deutschland"

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Letzter Teil

Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsm Manipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten". ...

Besonders anschaulich und aktuell wird solche "selektive, politisch paßfähig gemachte Erinnerung" bei der Diskussion um das sogenannte "Zentrum gegen Vertreibungen". Ganz abgesehen von der verunglückten, im Wege vorauseilender politischer Korrektheit völlig verharmlosenden Namensgebung - denn ein "Zentrum" ist keine Gedenkstätte - käme, was seinen Standort betrifft, doch nur der Cecilienhof in Potsdam in Frage, dem Ort dieses Menschheitsverbrechens.

Aber dann müßte man eben sämtliche Beteiligten, die "Täter", beim Namen nennen und wenigstens moralische Anklage erheben - und das will man nicht. Das ist schon sehr seltsam in einem Land, das sich doch sonst unablässig an Täter und Opfer erinnern soll.

Wie eingangs gesagt: Wir Deutschen sind Weltmeister im Erinnern wie im Vergessen - Voraussetzung ist allerdings, daß sowohl das eine wie das andere stets nur einseitig zu Lasten unseres Landes geht. Eine Mäßigung, eine realitätsnahe Verbindung von beidem - eine "Kunst des Erinnerns" also - erscheint uns offenbar nicht möglich. Zu Recht meinte einst George Bernard Shaw, daß die Deutschen die tragische Eigenschaft besäßen, eine gute Sache immer so weit zu treiben, daß eine schlechte daraus wird. Und schon Martin Luther wunderte sich darüber, daß wir Deutschen sinnbildlich beim Reiten entweder rechts oder links vom Pferd fielen, geradeaus aber könnten oder wollten wir unseren Weg nicht finden.

Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart. Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.

Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbei-

führung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!"

Da aufgrund von Feigheit und Opportunismus weder von der Politik noch von den Medien ein Gegensteuern zu erwarten ist - sie verschlimmern beide im Gegenteil weiter die Situation -, hätte diese systematische Zerstörung der Fundamente unseres Landes doch längst ein Fall für den Verfassungsschutz sein müssen. Aber auch hier ist leider das Gegenteil festzustellen: Verfolgt werden diejenigen, die noch die Zivilcourage besitzen, trotz aller Verdächtigungen und Diffamierungen die Wahrheit zu sagen und auf die Gefahren hinzuweisen.

Da Propheten im eigenen Lande bekanntlich nichts gelten und der Verfassungsschutz aus ideologischen Gründen versagt, können unsere wenigen mutigen Warner und Mahner zumindest auf Unterstützung aus dem Ausland zählen. So hat der amerikanische Politikwissenschaftler und Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten Paul Edward Gottfried diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es trägt den bezeichnenden Titel: "Multikulturalismus und die Politik der Schuld". Seine These: Der angestammten Mehrheitsbevölkerung werden Scham- und Schuldgefühle für tatsächliche oder vermeintliche historische Untaten solange indoktriniert, bis ihre Widerstände gegen die multikulturelle Überfremdung ihrer Heimat erstickt worden sind.

Manche dieser Thesen hat im übrigen schon Heinz Nawratil in seinem Buch "Der Kult mit der Schuld" aufgegriffen. Hinsichtlich der demographischen Probleme Deutschlands verweist der israelische Historiker Martin van Creveld auf den folgenden, von Politik und Medien strikt tabuisierten Zusammenhang: "Ich vermute, daß der Vergangenheitsbewältigungskomplex mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen ... De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden ... Volk und Staat der Deutschen zu erhalten, dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht."

Und der französische Autor Yves-Marie Laulan, Mitarbeiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, warnt in seinem gerade erschienenen Buch: ..." Deutschland - Chronik eines angekündigten Todes" vor einer "demographischen Implosion selbstmörderischer Art". Weil es an Kindern fehle, sei Deutschland "unausweichlich verdammt zu einer langsamen Agonie auf allen drei Ebenen: wirtschaftlich, politisch, kulturell".

Er sieht in der demographischen Katastrophe Deutschlands eine "seelische Krankheit, die Krankheit zum Tode". Ursache dafür sei nicht zuletzt, daß der Zweite Weltkrieg eine Nation hinterlassen habe "bis zum äußersten traumatisiert, in vitalen Funktionen durch die Trümmer des Krieges schwer verletzt". Dieses Trauma werde durch die Dauerpräsentation der Vergangenheit, durch die ausschließliche Fixierung auf die NS-Zeit immer wieder aufs Neue aktiviert. Die Folge: "Niemand setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht an die Zukunft der Nation und des Landes glaubt." ...

Wir Deutschen können allerdings kein Plädoyer für das Vergessen halten. Aber wir sollten mit Blick auf die kaum noch zu bewältigenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme den andauernden Blick in die Abgründe der Vergangenheit mäßigen. Thorsten Hinz warnt ebenfalls vor einem Übermaß von Selbstanklagen und ihren Folgen.

Auschwitz und der Holocaust seien mittlerweile zu den dominanten Erinnerungsbildern deutscher Geschichte geworden und damit zu einem kollektiven Selbstbild: "Begleitet wird das von einer Sakralisierung, die keinen Widerspruch duldet ... dieser Prozeß ist für Deutschland hochproblematisch, denn das schlimmste Verbrechen, das von den Deutschen begangen wurde, in den Mittelpunkt des nationalen Selbstbildes zu stellen, bedeutet, den eigenen Unwert zur zentralen Kategorie der kollektiven Identität zu erheben. Wer das tut, signalisiert, daß er seine Existenz innerlich als beendet ansieht. Er wird zum Zombie."

Wir müssen endlich zu einem Erinnern und Gedenken finden, das keine neue "Klassengesell-

schaft" der Toten und Opfer kennt - dabei sollten Ursachen, Schuld und Täter benannt werden.

Und wir müssen schließlich einen Weg finden aus dem Dilemma des bisher ebenfalls tabuisierten und viele Menschen tief verletzenden Widerspruchs zwischen einerseits den öffentlichen volkspädagogischen Gedenkritualen hierzulande und andererseits den allzu oft abgewiesenen, verleugneten, ja diffamierten privaten Erinnerungen an das erlittene persönliche oder familiäre Leid. Ein solcher Weg bedürfte gar nicht einer "Kunst des Erinnerns", sondern nur des humanen Anstands.

Michael Wolffsohn, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München - der sich selber als einen deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet - hat in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche dazu Folgendes gesagt: Es sei moralisch nicht mehr hinnehmbar, daß "das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, zum Beispiel Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird ... Mit 'Aufrechnung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständigkeit, Seele und Mitgefühl."

Michael Wolffsohns Schlußfolgerung daraus könnte als eine vor allem für das immer noch schwierige deutsch-jüdische Verhältnis des Erinnerns sinnerfüllte und versöhnende Orientierung gelten - nämlich: "Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer hingegen eigenes Leid kennt und öffentlich benennt, der wird auch das Leid anderer eher nachfühlen können und wollen."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Juli 2005 (x887/...):

>>**Das Böse austreiben**

Wie die Amerikaner nach 1945 die Deutschen umerzogen

Dieses Buch soll schon vor 40 Jahren entstanden sein, fragt man sich erstaunt, wenn man die erweiterte Neuauflage von Caspar von Schrenck-Notzings Buch "Charakterwäsche" in der Hand hält. Man liest hier und dort, besonders aufmerksam die neu hinzugefügten, das Buch an die aktuelle Situation anschließenden Kapitel und stellt fest, daß es von der ersten bis zur letzten Zeile taufriisch wirkt und daß es auch heute noch - oder gerade heute - Antworten geben kann auf die Frage: "Wie konnte es um alles in der Welt geschehen, daß sich der Charakter der Deutschen derartig verändert hat?"

Die Frage stellte der Autor sich, als er Anfang der 60er Jahre nach mehrjährigem Indienaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrte und ein völlig gewandeltes Gemeinwesen vorfand. Ein Land, das dabei war, einen Kulturwandel zu vollziehen. Dabei könnte, so meinte er, die Zeit der amerikanischen Besatzung nach 1945 eine Rolle spielen, eine Annahme, die er bestätigt fand, als er als erster Deutscher in Washington im US-Nationalarchiv die Unterlagen über die Besatzungspolitik und ihre Ziele durcharbeitete.

Hier stieß er auf Unterlagen, die belegten, wie planmäßig ab der Mitte des Zweiten Weltkrieges in den USA von verschiedenen Kräftegruppen grundlegende Veränderungen des deutschen Charakters geplant und später durchgesetzt wurden. Er nannte sein aus den Studien entstandenes Buch "Charakterwäsche" - in Anlehnung an die im kommunistischen China angewendete Gehirnwäsche - und gab ihm damals den Untertitel "Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen". In der soeben erschienenen aktualisierten Neuauflage ist dieser Untertitel erweitert worden und lautet jetzt "Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen".

Es genügte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, den deutschen Feind militärisch zu besiegen und eventuell sein Land zu besetzen; vor allem in den USA war man entschlossen, den Charakter der Deutschen, der, wie man überzeugt war, von Grund auf böse war, grundlegend zu verwandeln, um damit den ewigen Frieden auf Erden herzustellen. Dazu

mußten die Sieger die Institutionen, die die Meinung der Deutschen formten, in die richtigen Hände geben, und das waren die Zeitungen, Zeitschriften, die Rundfunksender, die Buchverlage, die Filmindustrie, die Theater und später das Fernsehen.

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man liest, nach welchen Gesichtspunkten die ersten deutschen Zeitungsverleger durch amerikanische Prüfungskommissionen ausgesucht wurden. Zusammenfassend kann man sagen, hier wurden gebrochene Charaktere, Menschen mit beschädigtem Wesen, stammend aus zerstörten Familien, bevorzugt, weil sie die Gewähr dafür zu bieten schienen, dem typisch Deutschen entgegenzuwirken.

Die "Frankfurter Schule" mit ihren von der Psychoanalyse stammenden Rezepten wurde auf die Besiegten losgelassen mit der Aufgabe, die traditionellen deutschen Werte auf den Kopf zu stellen. Schrenck-Notzing schildert materialreich die damaligen Umerziehungsbemühungen, die, wie die Gegenwart zeigt, zu einem Erfolg wurden, einem Erfolg, der heute das Ausland zum Kopfschütteln über das deutsche Verhalten veranlaßt.

"Charakterwäsche" gehört zu den Büchern, bei dem es keine Phrase ist, wenn gesagt wird, jeder Deutsche müsse es lesen, der ernsthaft Erklärungen über den Selbsthaß der Deutschen, über ihre Schuldeilheit und die damit verbundene Unfähigkeit zu Hochleistungen und wirklichen Reformen sucht.

Caspar von Schrenck-Notzing: "Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre Auswirkungen", ... Graz 2004 ...<<

Der deutsche Sozialphilosoph Günter Rohrmoser schrieb am 8. Juli 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Halm in den Winden des Zeitgeistes**

Deutschlands fataler Gesellschaftswandel durch das Wirken der "Frankfurter Schule"

Was sind die Folgen der "Frankfurter Schule" gewesen? Die Folgen waren und verbinden sich mit der berühmten studentischen Revolte und das nicht zufällig, weil natürlich die erste Phase dieses Umformungsprozesses an den Universitäten ansetzen mußte. Sie erkannten, und das gehört zu den ältesten Einsichten von Horkheimer, daß die Wissenschaft in dieser modernen Industriegesellschaft die erste und die wichtigste Produktivkraft ist. Wer die Kontrolle und die Steuerung dieser Produktivkraft Wissenschaft in die Hand bekommt, der hat damit die Gesellschaft im ganzen in der Hand.

Nun sind nicht alle deutschen Universitäten erobert worden, aber entscheidende Universitäten und Universitätsbereiche. Damals erklärte ein Wissenschaftler, es sei erfolgreich gelungen, die Bremer Universität in eine Art stalinistische Kadenschmiede zu verwandeln. ...

Wir wissen, was daraus geworden ist. Die Revolte hat bewirkt, daß die alte deutsche Universität zerschlagen wurde. Sie hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß zuerst die Ministerialbürokraten die seit Generationen versuchte Machtübernahme über die Universitäten erreichten. Dann wurde die Universität vergesellschaftet, das heißt gesellschaftliche Gruppen versammeln ihre Vertreter in einem Gremienrat, der über Hochschullehrer, Mittelverwendung, Lehrpläne und so weiter entscheidet. ...

Und dann natürlich die Schule. Man staunt immer wieder, daß es Leute gibt, die darüber erschrecken, was über die innere Verfassung und den Zustand unseres Schulwesens an ihre Ohren dringt. Die Schule war und ist nach der Universität von gleicher Bedeutung, denn die Schule ist die Stätte des Prozesses, durch den eine heranwachsende biologische Generation in die vorgegebenen Kulturverhältnisse, Kulturformen und Kulturverständnisse eingeübt und eingelebt werden muß.

Das heißt wenn dieser Vorgang der Einübung in die vorgegebene Kultur nicht stattfindet, dann bricht diese Kultur, ihre Kontinuität und Tradition ab. Das Ziel der sogenannten emanzipatorischen Schule war genau entgegengesetzt, nämlich die Kinder aus der bestehenden Kultur zu emanzipieren, das heißt konkret, sie herauszubringen, und das dazu geeignete Mittel war die anti-autoritäre Erziehung. Das Ergebnis ist die Rütli-Schule.

Auch wissen wir, daß über 20 Prozent der Schulabgänger nicht im Besitz der geforderten Kulturtechniken sind und zehn bis 15 Prozent weder lesen noch schreiben können, und zwar nicht nur ausländische Kinder, sondern auch deutsche. Das heißt, was hier entstanden ist als Folge eines übersehenen, unterdrückten und zum Teil verdrängten kulturevolutionären Angriffs und Prozesses, stellt uns vor Probleme, auf die gegenwärtig niemand eine Antwort hat.

An einer anderen Schule haben Eltern, Schüler und Lehrer beschlossen, an der Schule muß deutsch geredet werden. Welche Sprache sollte denn sonst an einer deutschen Schule gebraucht werden? Wie soll man Unterricht erteilen in Klassen, in denen 20 Nationen vertreten sind und ebenso viele unterschiedliche Sprachen?

Und drittens, das ist vielleicht das allerwichtigste, die Familie. Es gehörte von Anfang an zu dieser kulturevolutionären Bewegung der Wille, die traditionelle bürgerliche Familie aufzulösen und abzuschaffen. Das war Programm.

Im zweiten Familienbericht der damaligen Bundesregierung unter Helmut Schmidt war zu lesen, daß die Familie eine Zwangsinstitution sei. Die verbürgerlichte Familie ist also ein Herrschaftsgebilde, und zwar ein Herrschaftsgebilde zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Zustände und Verhältnisse. Der Vater ist die Vermittlungsfigur, der die dem Kapitalismus förderlichen Normen und Werte in der Familie tyrannisch durchsetzt, dabei die Frau unterdrückt, die Kommunikationsverhältnisse auflöst und Familie damit zu einer Zwangsinstitution macht. Da muß man sich doch fragen, was haben sich die Bürger eigentlich gedacht, wenn sie das überhaupt zur Kenntnis genommen haben. ...

Daß das deutsche Volk mit einiger Energie und Besessenheit dabei ist, sich biologisch selber zu dezimieren, ist ja nicht vom Himmel gefallen. ... Die CDU sagt heute, Familie ist da, wo Kinder sind. Jedes Individuum in der liberalen Gesellschaft kann entscheiden, ob es heiraten will oder nicht, wen es heiraten will und wen es nicht heiraten will. Nur mit den Kindern ist es anders. Ich kann nicht sagen, Familie ist da, wo Kinder sind, ohne die Frage zu stellen, wo kommen denn die Kinder her? Sie kommen doch nicht aus den Schwulenverbindungen, sie kommen doch aus der Familie. Die privatindividualistische Gestaltung der Eheverhältnisse ist eine Sache, aber mit der damit verbundenen Verweigerung und Auflösung der Familie ist der biologische Untergang dieses Landes vorprogrammiert, das müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen.

Denn was folgt aus der Überalterung? Nicht nur, daß die Leute erfreulich alt werden, sondern daß die Gesellschaft ihre vitalen Impulse verliert, mit der sie sich der Zukunft mit Optimismus und Zuversicht zuwenden kann. Die überwiegenden Alten verteidigen ihre Besitzstände gegen die Zukunft und es wird ein katastrophaler Bruch in dem sowieso bedenklichen bis morbiden Verhältnis zur Zukunft eintreten. Nun beginnt man, das zu diskutieren, aber zu einem Zeitpunkt, wo das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist. ...

Nachdem man mit der Geschichte alle geschichtsbildenden Kräfte wie Nation, Religion, Überlieferung, Tradition und Autorität abgeschafft hat, blieb für diese Gesellschaft, und das ist der gegenwärtige Stand, nur noch eins über, nämlich wirtschaftliches Wachstum.

Das müssen wir uns doch einmal klar machen, daß wir einen Staat haben, der praktisch seine ganze Existenz auf die These gestellt hat, daß die Wirtschaft im Jahr durchschnittlich drei bis sechs Prozent Wachstum produzieren muß. Ein Staat, der auf Wachstum gegründet ist, ist kein Staat mehr, denn er ist restlos seiner staatlichen Handlungsmöglichkeiten beraubt, aber dazu verurteilt, das zu erzeugen, was ein Staat nicht kann. Der Staat kann kein Wachstum erzeugen und nicht einen einzigen Arbeitsplatz schaffen. ...

Die Bundesrepublik ist spät, vielleicht zu spät, in der Wirklichkeit angekommen. Wäre es zu spät, dann bliebe nur die Hoffnung, die auch Lenin leitete, daß die Geschichte immer klüger ist als die Vorstellungen, die wir von ihr haben.

Und das bedeutet auch, die Wirklichkeit so wie sie ist und nicht wie wir sie haben möchten so

vollständig wie möglich zu erkennen. Die Annahme dieser sogenannten Wahrheit über die Wirklichkeit wie sie ist, würde schon einen erheblichen Schritt zu unserer Rettung bedeuten. Aber genauso wichtig ist, die Fähigkeit und den Willen zum geschichtlichen Denken zurückzugewinnen. Die Geschichtslosigkeit ist eine der gefährlichsten Pathologien unserer Gesellschaft. Aber das wird uns ja jetzt durch die Existenz der drei Millionen Muslime in unserem Lande geradezu aufgezwungen. ...

Wenn wir den Dialog, brauchen, dann müssen wir uns auch dialogfähig machen. Was soll denn ein junger Deutscher einem Türken entgegensetzen, der von Nationalstolz erfüllt ist, den sein Gottesglaube trägt und der überzeugt ist, die Zukunft einer großen Nation Türkei vor sich zu haben. Wir müssen uns dieser Frage stellen und kommen nicht daran vorbei. ...

Letztendlich entscheidet sich auch die Zukunft Europas in Deutschland. Wenn Deutschland ausfällt, gibt es kein Europa, und das heißt, daß wir gezwungen sind, uns auf unser großes antik-christliches, früher sagte man abendländisches Erbe zu besinnen, weil hier allein noch ein Fundament zu finden ist, auf dem man stehen kann, ohne wie ein Halm in den Winden des Zeitgeistes zu schwanken. ...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Das Ende der politischen Korrektheit?**

Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness.

Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.

Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.

Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällte Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.

Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" und "Propaganda" diente in Wahrheit der Volksverdummung.

Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil: "Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast. "Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psy-

chisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.

Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges.

"Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll. Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.

Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartssystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukete.

Political Correctness wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.

Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.

Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.

Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.

Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise. Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel, wie z.B. die Fabriken und die Banken, verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein

Wörtchen mitzureden.

Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.

Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Mai 2010: >>**Deutsche, laßt den Schuld kult!**

Der Italo-Marxist Losurdo

Christian Dorn

Ist Deutschland als "verspätete Nation" verurteilt, auf ewig dem Verdacht eines "Sonderwegs" ausgesetzt zu sein? Oft ertönt dieser Vorwurf gerade aus dem Lager der Linken, dem jede Reue nationaler Selbstvergewisserung wie die neuerliche Empfängnis des "noch fruchtbaren Schoßes" erscheint.

Eine bemerkenswerte Ausnahme macht hier die luzide Schrift des linken italienischen Geschichtsphilosophen Domenico Losurdo. Er legt kurz und schlüssig dar, daß es sich beim Stereotyp vom "deutschen Sonderweg" um "idealistischen, reaktionären Unsinn" handelt. Denn, so Losurdo, "wir können zwar sagen, daß das deutsche Volk einzigartig ist, aber das gilt ebenso für alle anderen Völker". Es ist eine Absage an Günter Grass' Verdikt: "Deutschland denken heißt Auschwitz denken". Wie dieser verdrängt auch ein Teil der politischen Elite, daß der Faschismus keine exklusiv deutsche Erscheinung war. Vielmehr, so die Vermutung Losurdos, diene der Vorwurf vom "deutschen Sonderweg" dazu, der Bundesrepublik gegenüber den USA und Israel eine Vasallenrolle aufzunötigen.

Fatalerweise werde dies durch "eine gewisse Linke" befördert, die den Begriff der Nation nur dann wiederentdecke, "wenn es sich um die pauschale Verurteilung der Deutschen handelt". Dabei habe Karl Liebknecht 1913 die "Vaterlandslosigkeit" und den "vollkommenen Apatriotismus" gerade des Kapitals als ein Gebaren angeprangert, "das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt".

Nicht zufällig seien auch Lenin und Gramsci als "große Theoretiker der Hegemonie gleichzeitig die beiden großen Theoretiker der nationalen Frage" gewesen. Indem Losurdo zudem den Massenmörder Mao Tse-tung oder Ho Chi Minh und Fidel Castro als Gewährsleute anführt, läuft er Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Das aber wäre schade, denn seine faktenreiche Auflistung der insbesondere US-amerikanischen Einflüsse auf den Rassismus des Dritten Reiches sind schwerwiegend. Dies gilt - neben dem Modell der "white supremacy" - auch für die importierte Figur des "Untermenschen", die 1922 vom Eugeniker Lothrop Stoddard in dessen Schrift "The Revolt against Civilization. The Menace of the Under Man" eingeführt wurde. Alfred Rosenberg bewunderte diese Klarheit mehrfach.

In seinem "Mythus des 20. Jahrhunderts" feierte er die USA als Vorbild: als ein Land, dem das Verdienst zukomme, den "neuen Rassestaatsgedanken" formuliert zu haben, den es jetzt nur noch praktisch umzusetzen gelte.

Domenico Losurdo: Die Deutschen. Der Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact-Reihe Nr. 15. Kai Homilius Verlag, Berlin 2010. ...<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>... Und heute? ... (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "auserwählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten? Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxe Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der

reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Krieges mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

Der deutsche Jurist Konrad Löw schrieb am 1. Januar 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Falsche Moralapostel beherrschen die Szene

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert. Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. ...

Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.

In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter - also die Vorfahren - ehren", "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.

Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.

Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument

Die Canossa-Republik

Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."

Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen. Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen – weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. ...

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik.

Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldskult. ...

Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:

"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden – aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst."

Es verwunderte nicht, daß Meris Berliner Rede vom deutschen Establishment kühl aufgenommen wurde, denn dieser kluge Freund der Deutschen legte die Finger in die geistigen Wunden des großen Volkes in Mitteleuropa, das 1945 die schwerste Katastrophe seiner Geschichte erlitten hatte: sein so häufiges politisches Unvermögen, von dem seine Geschichte immer wieder berichtet, und seine kompensatorische Neigung zur Flucht in hypermoralische Praxis und lautstarke moralische Betroffenheit. Dagegen postulierte Meri, daß gute und erfolgreiche Politik nur mit Selbstachtung betrieben werden kann, ohne Tabuisierung der eigenen Geschichte und Tradition.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):

>>**Gezielt manipuliert**

Wem die Auslöschung der Nationen dient

Wer sich als Zeitgenosse versteht, der die Ereignisse in der Welt zunehmend mit ungläubigem Staunen verfolgt, dem sei das Buch "Neue Weltordnung" als praktischer Ratgeber empfohlen. Darin geht der Autor Manfred Kleine-Hartlage zielgerichtet und prägnant der Frage nach, ob es sich um einen Zukunftsplan oder eine weitere Verschwörungstheorie handelt. Und hebt hervor, welche Auswirkungen und Veränderungen dies auf Völker, Familie und Religionen zeitigt. Dabei wird deutlich, daß manches Ereignis einer diskreten "Regieanweisung" folgt.

Lesern, die dazu neigen, einer Verschwörung das Wort zu reden, ruft der Autor einen Satz von Angela Merkel in Erinnerung. Anlässlich der Festivitäten 2009 zum Fall der Mauer stimmte die deutsche Kanzlerin den aufmerksamen Zuhörer nachdenklich: "... sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle." Wo so eindeutig Klartext geredet wird, erübrigt sich der Verdacht im Verborgenen agierender dunkler Mächte. Aus dem Buch wird denn auch ersichtlich, wo die Vordenker der "New World Order" angesiedelt sind. Der Leser erfährt unter anderem, welche Staaten die One-World-Apologeten ungeschoren davonkommen lassen beziehungsweise wer ihren Un-

willen erregt und damit militärische Interventionen hervorruft.

Einen weiteren Erkenntnisgewinn beschert Kleine-Hartlage, indem er Roß und Reiter benennt, die die "Neue Weltordnung" quasi "alternativlos" unters Volk bringen. So erfährt man neben anderen Akteuren auch etwas über die Aktivität der damit befaßten Stiftungen, darunter auch die Atlantik-Brücke, die erfolgversprechende Nachwuchspolitik aus den USA und Deutschland zusammenführt.

Wer nun meint, da eröffne sich eine neue Ära im internationalen Beziehungsgeflecht, wird rasch eines Besseren belehrt. Erste Schritte zu dieser staatliche Grenzen überschreitenden Politik wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet. Der aus dem Völkerbund hervorgegangene Uno sollten weitere supranationale Organisationen folgen: IWF und Weltbank für das globale Finanzsystem sowie die Welthandelsorganisation zwecks Abbau lästiger Zollschränken. Aber auch EU, Nato und der Internationale Strafgerichtshof gehören in diese Kategorie.

Gemeinsam ist allen, daß sie es verstanden haben, die ihnen angehörenden Mitgliedsländer auf einen Wertekanon einzuschwören, und es parallel dazu fertigbrachten, die politische Klasse der einzelnen Staaten zu bewegen, ihre Rechte zu übertragen. Werden dort doch gebetsmühlenartig Begriffe postuliert wie Menschenrechte und friedliches Zusammenleben, mit denen sich ein jeder Weltbürger gern identifiziert. Aber führt all dies zu mehr individuellen Freiräumen? ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>Wider die Wirklichkeitsverweigerung

Der bürgerliche Soziologe Helmut Schelsky plädierte dafür, sich von Sachgesetzen statt von Ideologien leiten zu lassen

In Zeiten, in denen die Finanztöpfe für eine Heerschar von Wissenschaftlern, Journalisten und Kulturschaffenden aus "Kampf gegen Rechts", "Gender Mainstream" oder einer ineffektiven "Entwicklungshilfe" bestehen und die geistige Korruption entsprechend um sich greift, wären Soziologen vom Schlage Schelskys wichtiger denn je. Am 14. Oktober wäre der gebürtige Chemnitzer 100 Jahre alt geworden. ...

Für Schelsky gab es zwei Arten, Demokrat zu sein; erstens eine, bei der Demokratie für sich in Anspruch genommen wird, um sie anderen um die Ohren zu hauen; zweitens eine, die gelebt werden muß durch Respekt vor Andersdenkenden. Letzteres werde seltener. Darauf hätte sich die in den 1960er Jahren geborene Generation einzustellen, sie müsse "in den Untergrund gegenüber der herrschenden Publizität, Politisierung, Verschulung und Verwaltung" gehen. "Eine neue Front des langen Atems" sei nötig, "das kulturelle Erbe zu retten".

Schelsky war zur Zeit der Planungseuphorie Planungsbeauftragter für die Reformuniversität Bielefeld. Diese Tätigkeit war Schelsky Ansporn, der Betreuung und Beplanung von Menschen soziologisch nachzugehen. Das war Teil einer "Suche nach Wirklichkeit", wie sie Schelsky 1965 zum Titel seiner Schlüsseltexte erhöhte. 1973 referierte Schelsky dann zum Thema "Der selbständige und der betreute Mensch", ein ganzer CSU-Parteitag jubelte ihm zu. Der unter diesem Titel erschienene Band analysiert die heute Political Correctness genannte "Sprachherrschaft", auch das "geborgte Elend", mit dem eine wachsende Schar Linksintellektueller für immer mehr Umverteilung Sorge, vor allem für sich selber. Die mit dieser Stoßrichtung 1975 vorgelegte Monographie "Die Arbeit tun die anderen" wurde zum Bestseller.

Fachlich widmete sich Schelsky damals zunehmend der Rechtssoziologie. Er wollte die Bedingungen personaler Freiheit in Staat und Organisationen klären. Die Jurisprudenz dürfe sich nicht durch Politisierung außerjuristische Maßstäbe zu eigen machen. Das war vor allem gegen die Diskursethik von Jürgen Habermas gerichtet. Die Politisierung des Beamtentums war Schelsky nichts anderes als parteipolitische Ämterpatronage. Daß die Entfremdung von gewaltenteiligen Prinzipien unterhalb der Schwelle des rechtlich Greifbaren ablief, war Schelsky zu betonen wichtig. Denn hier fand die Schutzbehauptung ihren Ausgang, die angestellten

Analysen seien wenig greifbar und sollten nicht wichtig genommen werden.

Schon länger ging es Schelsky um die Beachtung von Sachgesetzlichkeiten. Er schrieb 1961 die Abhandlung "Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation", die zum Abstraktesten gehört, was er aufbot. Um so leichter konnten Kritiker Gegenbeispiele anmelden, die aufzeigen sollten, wo überall Demokratie oder Politisierung sinnvoll zum Zuge kommen sollten, statt auf Sachgesetze zu pochen. Der theoretische Gehalt ist allerdings schwer abweisbar: Wenn Sachgesetze durch Politisierung einfach überstimmt werden, wachsen sie wie Geschwüre. Abzulesen ist das an steigenden Staatsschulden. Auch die Einführung des Euros ließe sich als politisch motivierte Ignoranz gegenüber rechtzeitig angemeldeten Sachgesetzlichkeiten deuten. ...

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor des Buches "Helmut Schelsky - Wider die Wirklichkeitsverweigerung. Leben, Werk, Aktualität" ... München 2012.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. März 2013 (x887/...):

>>Spitzenjournalisten auf Linie

Studie untersuchte, was Medienmacher antreibt und deckte heikle Verbindungen auf

Die Medien gelten als vierte Gewalt im Staat. Starke Zweifel an der Funktion von Medien als Kontrollinstanz der Macht kann allerdings eine Studie wecken, die an der Universität Leipzig erstellt wurde. Brisanter Inhalt der auch unter dem Titel "Meinungsmacht" in Buchform erschienene Analyse des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger: die Einbindung deutscher Spitzenjournalisten in Machtzirkel der Eliten.

Für die Untersuchung wurde die soziale Umgebung von 219 leitenden Redakteuren führender deutscher Medien unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Ein Drittel der Redakteure unterhielt - außerhalb ihrer direkten journalistischen Aufgaben - informelle Kontakte zu Machtzirkeln der Politik- und Wirtschaftseliten in Deutschland. Konkret waren 64 Journalisten häufig in Organisationen wie der "Atlantik-Brücke", der Münchner Sicherheitskonferenz, der Trilateralen Kommission und der Bilderberger anzutreffen.

Nicht um berufliche Pflichten wie Recherchen oder Interviews zu verfolgen, sondern eher als Teilnehmer der Treffen. Vom neutralen Beobachter sind die Journalisten quasi ins Lager der politischen Akteure gewechselt. Problematisch ist dabei nicht nur, daß dieser Seitenwechsel den Medienkonsumenten nicht mitgeteilt wird, sondern daß dies auch einen nachweisbaren Einfluß auf die Berichterstattung hat.

Ausgerechnet vier leitende Außenpolitik-Journalisten der deutschlandweit führenden Printmedien - "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Süddeutsche Zeitung", "Die Welt" und "Die Zeit" - waren alle im selben US- und Nato-affinen Elitenmilieu unterwegs. Nicht nur das:

Bei scheinbar politisch so grundverschiedenen ausgerichteten Zeitungen sollten eigentlich weit voneinander abweichende Meinungsbilder zu erwarten sein, doch das Gegenteil war der Fall. Wenn es um Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, die Nato oder den Afghanistan-Krieg ging, konnte der Medienwissenschaftler einen auffallenden Gleichklang von Journalisten ... nachweisen.

Konkret festgemacht wurde dies am sogenannten "erweiterten Sicherheitsbegriff", für den symbolhaft die umstrittene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck, SPD, stehen kann: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Während die Mehrheit der Bevölkerung mit diesem stark ausgeweiteten Begriff von Verteidigungspolitik ein Problem hat, herrschte in der untersuchten Berichterstattung der vier Spitzenjournalisten die - stark an die USA angelehnte - Sichtweise von Sicherheitspolitik vor. Naheliegend ist die Erklärung, daß sich eine erstaunliche Zahl von Journalisten direkt von sicherheitspolitischen Eliten beeinflussen läßt - im Klartext, "einspannen" läßt.

Der Medienwissenschaftler Krüger hält aber noch eine andere Deutung für möglich. "Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn

sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten."

Problematisch sei aber, daß diese Verbundenheit der Journalisten mit Machtzirkeln in der Berichterstattung nicht transparent gemacht wird. Zumindest im Regelfall. Beim Springer Verlag werden Redakteure ganz offen mit Hilfe von Unternehmensgrundsätzen, die in den Arbeitsverträgen enthalten sind, unter anderem auf die "Unterstützung des transatlantischen Bündnisses" verpflichtet. Unverblümt ist auch die Parteinahme, auf die Krüger im Zuge seiner Untersuchung beim ZDF gestoßen ist. Im Präsidium der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft", einer Organisation, die Lobbyarbeit für die Nato betreibt, war ein Außenpolitik-Ressortleiter des Fernsehsenders aktiv. Scheinbar ebenso wenig Wert auf den Anschein journalistischer Neutralität legte ein ZDF-Hauptstadtstudioleiter. Er saß im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, einer Einrichtung der Bundesregierung.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. November 2013: >>**Willkommen in der Neusprech-Diktatur**

Die nächste Stadt ergibt sich dem Neusprech: Auch Halle an der Saale wird bald eine sprachpolizeiliche Verordnung für städtische Veröffentlichungen beschließen. Am vergangenen Mittwoch verwies der Stadtrat einen fraktionsübergreifenden Antrag "zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen" in die Ausschüsse.

Da die verbotsfreudigen Fraktionen von Grünen, Linken, SPD und Neuem Forum die Mehrheit im Stadtrat haben und hinter dem Antrag stehen, wird diese Verordnung kommen. Dann werden etwa Wörter wie "Lehrer" und "Lehrerin" verboten und durch "Lehrkraft" ersetzt. Auch das "Rednerpult" wird es nicht mehr geben, es wird daraus das "Redepult". Aus Tagesmüttern werden "Tagesmütter und Tagesväter". ...

Die Staatsideologie des sogenannten "Gender Mainstreamings" wird von der Europäischen Union über Bund und Länder bis hinunter auf die kommunale Ebene durchgedrückt. Einen solch breiten Versuch der staatlichen Sprachregelung hat es in Deutschland seit Joseph Goebbels nicht mehr gegeben. Wesentliche Grundlage dafür ist die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" von 2006, finanziert von der EU-Kommission und beschlossen vom "Rat der Gemeinden und Regionen Europas". ...

Es wäre zum Lachen, wenn nicht ein systematischer Plan hinter der Sprachlenkung stände. Daher bricht diese Vergewaltigung der deutschen Sprache nicht an ihrer Lächerlichkeit zusammen. Wer beendet daher diesen Blödsinn? Wird die nachfolgende Generation derart behindert sprechen müssen, weil sie es nicht mehr anders, besser kennt? Das ist fürwahr eine gruselige Zukunftsaussicht. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>**Schöne neue Welt**

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine vorrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse" verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psyche-

delischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugehörnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereint, sondern

soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomane und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...):

>>**Verrat an der Freiheit**

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

... Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. ...

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft.

...

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdictatur zu erwachsen drohe.

Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig

mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden." ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Februar 2014 (x892/...): >>Unterrichtsziel: Zerstörung der Familie

Seit einigen Jahrzehnten haben die revolutionären Gesellschaftsveränderer erkannt, daß der herkömmliche Klassenkampf inzwischen ungeeignet ist, um eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen. Deshalb haben sie sich auf die Väter des Kommunismus, wie Marx und Engels, und der französischen Revolution besonnen und konzentrieren sich jetzt auf die Zerstörung der überlieferten Familie. Vorne weg kämpft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie in den Köpfen kleiner Kinder. Bereits 2012 veröffentlichte der Baden-Württembergische Landesverband der GEW hierzu Anregungen für die Unterrichtspraxis die einfach unglaublich sind.

Zunächst wird suggeriert, daß 10 Prozent der Bevölkerung homosexuell bzw. bi- und transgener veranlagt ist und deshalb dieser Personengruppe unbedingt Sonderrechte einzuräumen sind. Gesicherte wissenschaftliche Studien gehen davon aus, daß die Zahl derartiger Personen bei unter zwei Prozent liegt. Dieser Personenkreis wird von den Linken dazu mißbraucht, ihre revolutionären Ziele durchzusetzen und zwar durch den Angriff auf die Familie, die als "Hort der Reaktion und des Konservatismus" gilt.

In allen Unterrichtsfächern von der Grundschule bis in die höheren Klassen des Gymnasiums sollen daher "alternative Lebensmodelle" und die Gender Mainstreaming Ideologie unterrichtet werden; selbst die Mathematik bleibt davon nicht verschont. Einen idealen Hebel zur Politisierung der gesamten Lebenswelt - ein Ziel der Linken seit der 1968er Bewegung - haben sie mit der Gender Ideologie gefunden. Diese greift in die intimsten und privatesten Bereiche der menschlichen Persönlichkeit ein und macht alles öffentlich. Die Kinder berichten in der Klasse über die Lebensverhältnisse ihrer Eltern und Geschwister. ...

In den weiteren Bausteinen geht es dann darum, diese Einstellungen der Kinder zu verändern und dem Gender Mainstreaming anzupassen. Dadurch werden die Kinder zunehmend verunsichert und ihren Eltern und Familien entfremdet. So atomisierte Individuen sind dann für alle Ideologien zugänglich.

Daß staatliche Institutionen und Regierungen derartige Bestrebungen offen unterstützen und besorgte Eltern als "homophob" denunzieren, wie jetzt in Baden-Württemberg, macht deutlich, daß immer größere Teile des Staates nicht mehr Willens sind, unsere Kinder vor Ideologen zu schützen. ...<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 17. März 2014: >>PC-Opfer - Für die neue Rechte ist Deutschland ein totalitärer Staat

Kolumne: Zwischen den Zeilen. Sie sprechen von "EU-Diktatur", "Ökofaschismus" und "Blockparteien". Die Feinde vermeintlicher political correctness fühlen sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen leidet vor allem die Sprache ...

Unlängst hat eine Sprache in die politische Debatte Einzug erhalten, die eine ganz eigene Geschichte von bundesrepublikanischer Realität erzählt. Es sind die Feinde vermeintlicher *political correctness*, die sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht fühlen. Diese PC-Opfer verstehen sich als Kämpfer gegen eine alles tabuisierende politische Korrektheit. Die Sprache zumindest haben sie längst enttabuisiert: Sie sprechen von "Blockparteien", "gleichgeschalteten Medien", "Tugendterror", "Ökofaschismus", "EU-Diktatur" oder der "EUdSSR".

In ihrer Erzählung wird die Politik beherrscht von Blockparteien, an deren Spitze eine SED-sozialisierte, schwarz lackierte Sozialdemokratin Namens Angela Merkel herrscht. Die

Medien sind deren Erfüllungsgehilfen, Grün wählende links-liberale Kampagnenjournalisten. Die politische Kultur ist von Gutmenschen diktiert. Gesteuert wird alles aus Brüssel. Eurodikatur pur. ...

Als phantasiebefreite Satire ist diese Wahrnehmung vielleicht noch erträglich. Doch die PC-Opfer meinen es ernst. Humor ist ihre Sache nicht. Sie zeichnen ein Bild, das der Realität so nahe steht, wie Putin der Demokratie. Würde man sie wörtlich nehmen, dann wäre Deutschland ein durch und durch totalitäres Land - und die gute alte DDR im Vergleich dazu eine Art Feierabenddiktatur.

PC-Opfer sind längst Mainstream

Kein Zweifel: Dieses Land verändert sich. Es darf wieder alles gesagt werden. Die PC-Opfer haben längst die Kommentarspalten, die Anonymität des Netzes, hinter sich gelassen. Heran wächst eine immer lauter werdende Minderheit, die den Stammtisch unlängst ins bundesrepublikanische Festzelt getragen hat. Sie verwenden eine Sprache und jonglieren mit Thesen, die noch bis vor ein paar Jahren unmöglich in der veröffentlichten Meinung hätten verhandelt werden können. Die Anti-PC-Bewegung hat die Republik enttabuisiert, ohne dabei wirklich ein Tabu zu brechen. ...

Es soll nicht nur wieder alles gesagt werden dürfen, sondern auch am besten ohne Widerspruch. Denn obwohl die PC-Opfer alles sagen, beschwerten sie sich gleichzeitig über fehlende Meinungsfreiheit. Sarrazin ist die bekannteste Verkörperung dieser Paradoxie. Obwohl er über alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle sendet, fühlt er sich gleichzeitig zensiert und ausgegrenzt. ...

Die PC-Opfer-Front verläuft nicht mehr entlang traditioneller, sondern quer durch alle politischen Lager und erinnert in ihrer fundamentalistischen Ausrichtung an die amerikanische Tea-Party-Bewegung.

Ihr politischer Arm ist die AfD. Dort fühlen sich die politisch Inkorrekten zuhause. Gerade jüngere Entwicklungen innerhalb der Partei macht die AfD für PC-Opfer besonders attraktiv. Die Signale sind eindeutig: Parteichef Bernd Lucke verkündete jüngst, er sei kein Liberaler. Liberale Größen wie Dagmar Metzger ziehen sich aus zentralen Positionen der Partei zurück, währenddessen "die Galionsfigur der national-konservativen Szene in Deutschland", Beatrix von Storch, an Einfluß gewinnt. Gleichzeitig rücken Themen wie Familie und Integration immer mehr in den Fokus. ...

Interessanter Nebeneffekt dieser Entwicklung: Gemäßigte Linke fangen an, das System zu verteidigen, gegen das sich die Rechte nun positioniert. Linke werden zu Bewahrern. Die reaktionären PC-Opfer werden zur neuen APO. Dabei ist die neue rechte Reaktion sichtlich bemüht, auf ihrem Weg in die gesellschaftliche Mitte so allerhand Rechtes, Linkes und Abgehängtes einzusammeln. Liegen bleibt dabei vor allem eines: die Sprache.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014: >>**Der Selbsthaß blüht**

Der "häßliche Deutsche" lebt. Und es sind die Deutschen selbst, die inzwischen am eifrigsten damit beschäftigt sind, ein Zerrbild ihrer selbst am Leben zu erhalten. Als Nationalneurose wirkt die Kriegspropaganda aus zwei Weltkriegen verinnerlicht in den Köpfen der Besiegten weiter - vom Unbehagen an der eigenen Identität über das Mißtrauen politischer und medialer Eliten gegenüber dem eigenen Volk bis zum manifesten Selbsthaß.

Mit ihrem zynisch-vulgären "Deutschland verrecke!" - "Nie wieder Deutschland!" - "Bomber Harris, do it again!" überschreiten die autoaggressiven National-Borderliner aus der linksextrremen "Antifa-Szene" mitunter selbst die Geschmacksgrenzen der linksliberal-postnational sich dünkenden "richtigen Mitte".

Die radikalisierten Bürgerkinder sind in ihrem auf die Spitze getriebenen Nationalmasochismus freilich Fleisch vom Fleische einer politisch-medialen Klasse, in der die Verächt-

lichmachung des Eigenen und die permanente innere Distanzierung vom eigenen Volk zum guten Ton gehört. Der neue Deutsche ist stolz auf seine vermeintlich weltoffene und kosmopolitische Einstellung.

Deutsche Tugenden im Ausland geschätzt

"Typisch deutsch" gilt in weiten Teilen der Welt noch heute als Ausdruck der Anerkennung. Man schätzt deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz - dieser uns immer noch umgebende Ruf ist übrigens von Amerika bis Asien ein wesentliches Argument, deutsche Maschinen, Anlagen, Automobile und Industrieprodukte zu kaufen, mithin ein Grundpfeiler unseres noch immer beachtlichen Wohlstands. Wer Werte schafft, hört solche Komplimente durchaus gern, der diskutierenden Klasse sind sie unangenehm.

Da wird dann barsch zurückgewiesen, was freundlich und höflich gemeint war, und der eifernde deutsche Rechthaber, der sich sein schönes Negativbild vom eigenen Land nicht trüben lassen will, steht auf einmal wieder so da, wie er auf gar keinen Fall sein möchte: "typisch deutsch".

So typisch deutsch wie jener nachmalige SPD-Chef Oskar Lafontaine, der als Nachwuchssozialist dem aus der Weltkriegsgeneration stammenden Bundeskanzler Helmut Schmidt entgegenhielt, seine "deutschen Tugenden" seien "Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ leiten" könne.

Da ist er, der Holocaust- und Kriegsschuldkomplex, der jedem deutschen Fluchtreflex aus der eigenen nationalen Identität unausgesprochen zugrunde liegt. Im vergifteten Klima der ersten Nachkriegsjahre gaben junge Deutsche, die in der dänischen, niederländischen oder französischen Provinz umherreisten, sich schon mal als "Österreicher" aus, um Anfeindungen zu entgehen. Der Fluchtreflex hat sich, aller beschworenen Versöhnung zum Trotz, vererbt.

Gravierende politische Konsequenzen

Man könnte geradezu eine Psychotypologie der Deutschen aufstellen, je nach den Völkern, in deren Haut man gerne schlüpfen möchte, um nur ja die eigene, mit dem ewig empfundenen NS-Makel behaftete, hinter sich zu lassen: die Atlantiker, die gern die besseren Amerikaner wären, die Zivilisations-Europäer, die sich französisch verfeinert fühlen möchten, die Toskana-Linken, die ganze Landstriche des deutschen Sehnsuchtslandes aufkaufen, die nach Harmlosigkeit gierenden Bullerbü-Deutschen, die Volvo fahren, um in einem Stück der skandinavischen Heimat von Michel und Pippi vom dritten Weg zu träumen, und nicht zu vergessen diejenigen, die dem eigenen "Tätervolk" am konsequentesten zu entkommen suchen und sich eine jüdische Ersatzidentität zulegen, sei es als Konvertiten oder auch nur per Künstlername und gesellschaftlichem Engagement.

Man könnte dies als "typisch deutsche" Grübeleien und Selbstbeschäftigung einer in der Seele tief verletzten Nation der allmählichen Selbstheilung überlassen, fände der unterschwellige deutsche Selbsthaß im luftleeren Raum statt und hätte er nicht laufend gravierende politische Konsequenzen. Der wohl fatalste Typus sind jene Deutschen, die aus der deutschen in eine nebulöse europäische Identität zu fliehen versuchen.

Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten.

Deutschlands politische Eliten sind vermutlich die einzigen in Europa, die tatsächlich an die Überwindung des Nationalstaats durch die "Vereinigten Staaten von Europa" oder dergleichen glauben. Die Opfer, die sie dafür zu bringen bereit sind, von der allzu bereitwillig aufgegebenen eigenen Sprache bis hin zu Währung und Wohlstand, werden gern angenommen, die ersehnte Erlösung vom Deutschsein wird trotzdem nicht gewährt. Wenn es ernst wird, winkt doch wieder die "ewige" deutsche Schuld, um den Deutschen zusammenzucken zu lassen.

Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet

Den Reflex nutzen nicht nur griechische Demagogen, sondern auch aggressive Jungorientalen, die wissen: Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet und darf obendrein auf öffentliches Verständnis hoffen. Vom freudig begrüßten Einwanderer als "Scheiß-Deutscher" geschmäht zu werden, ist Migrantensalz in die Identitätswunde des guten Deutschen, der doch gerade keiner mehr sein wollte und sich vom Multikulturalismus die finale Befreiung von der Last der nationalen Identität erhofft hat.

Hundert Jahre nach der Geburt des "häßlichen Deutschen" aus dem Geist der britischen Kriegspropaganda sollte es an der Zeit sein, Schuldkult und Nationalneurosen allmählich abzustreifen. Die unangenehme Seite des "typisch Deutschen" ist heute der Schuldstolz, der sich lustvoll selbst an den Pranger stellt, wo andere längst differenzierter hinschauen.

Nicht jeder sieht in uns noch immer den ewigen "Nazi", wenn wir diesen nicht selbst beständig kultivieren, instrumentalisieren und ausnutzen lassen. Ein Volk, das sich weigert, in das 21. Jahrhundert mit einer gefestigten Identität zu gehen, wird das Ende dieses Jahrhunderts vielleicht nicht mehr erleben.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2014 (x892/...): >>Im spätantiken Rom - Brot und Spiele zur Beruhigung des Volkes. Eine Polemik.

Die Abstumpfung, die Ablenkung vom Wesentlichen durch den Sport ist ein wesentliches Element der Konditionierung der westlichen Völker, sei es durch Propagierung individuellen Sports, damit man in Form bleibt (aber nur, wenn man dabei auch Nike-Schuhe und Adidas-Taschen trägt, klar), oder durch die Propagierung kollektiven Massensports.

Bereits Gustave Le Bon - "Psychologie der Massen" - beschrieb, daß der Massensport dazu genutzt werden kann, psychologische Massen zu schaffen. Die Weltmeisterschaften vampirisieren gewissermaßen die Medien - das heißt, die Werbeeinnahmen - und somit die Aufmerksamkeit aller. So werden auch die aller kleinsten Gesten und Vorkommnisse analysiert und kommentiert, als ob es sich um die delphischen Orakel unserer Zeit handele. Der und der hat einen Stinkefinger gezeigt, ein anderer Der und der hat einem anderen eine Kopfnuß verpaßt, und jener Spieler hat seine Freundin verhauen oder seinen Trainer beleidigt. Und mit ganzem Herzen und vollem Einsatz sind die Medien dabei, uns zu "informieren" und in dieser grotesken Bedeutungslosigkeit zu ersäufen!

Und man hat keine Möglichkeit, dem ganzen zu entkommen: Spielergebnisse werden per Lautsprecher durchgegeben oder als Textbänder eingeblendet, und wenn man erklärt, daß das alles einem komplett egal ist, dann wird man schon verdächtig. Ist das nicht vielleicht schon ein Zeichen gesellschaftlichen Abwechslertums?

Der globalisierte Fußball ist ein völlig verblödeter Patriotismus. Man wedelt mit Fahnen, als ob es gälte, einen militärischen Sieg zu feiern, oder ein großes nationales Ereignis. Ist der Fußball denn jetzt so etwas wie die letzte Zuflucht der Vaterlandsliebe? Aber jene Helden, die wir da feiern sollen, sind doch nichts als Söldner, ihre Kämpfe sind gestellte Spektakel, wenn sie nicht gar getrickst oder gedopt sind. Und trotzdem explodieren die "Fans" bei jedem Spiel vor Jubel, machen einen Höllenlärm und grölen bei jedem Tor, legen ganze Innenstädte nicht nur verkehrstechnisch lahm, schlagen alles kurz und klein. Dann heißen sie allerdings nicht mehr "Fans", sondern "Hooligans".

Es ist so, daß man an Abenden, an denen Spiele stattfinden, am besten zu Hause bleiben sollte, woran man sieht, wie dieser "Sport" die Sitten verfeinert. Wäre es letzten Endes nicht das beste, vor dem Fernseher klebenzubleiben und der Göttin Reklame ihr eingefordertes Opfer zu bringen? Die Fußballweltmeisterschaft ist auch so etwas wie das Hochamt der weltweiten Entwurzelung: jenes Hochamt, das in regelmäßigen Abständen den Glauben ans Kosmopolitische neu festigt. Und deshalb ist der Fußball für genau daran interessierte Kreise

und Zirkel so wichtig. Der Fußball fördert zunächst einmal die europäische Entwurzelung, denn unsere "Nationalmannschaften" setzen sich nun einmal hauptsächlich aus kosmopolitischen Spielern zusammen, viele kommen aus Afrika.

Gestern Spanier, heute Franzose, morgen Engländer oder Türke, vielleicht durch die Zauberei goldträchtiger Verträge - der Fußballspieler ist ein Held, der von eben diesen goldträchtigen Verträgen gewissermaßen wie von einem Wind mal hierhin, mal dorthin geblasen wird. Zu Hause ist er nirgends. Und falls er die Nationalhymne seiner momentanen Staatsangehörigkeit kennt, zieht er es vor, sie nicht zu singen. Das wiederum hat er mit manchem seiner eingeborenen Kollegen gemein. Und so ist der Fußball auch die vorprogrammierte Entwurzelung z.B. aller jener kleinen Afrikaner oder Afrikanischstämmiger, die von den Vereinen und deren Managern wie "Menschenmaterial" eingekauft werden, um Gewinn zu erarbeiten.

Im dekadenten spätantiken Rom gab man dem zunehmend unruhigen Volk Brot und Spiele, um es ruhig zu stellen. Letztlich hat das den Zusammenbruch auch nicht verhindert. Im dekadenten und deindustrialisierten Europa gibt man den Arbeitslosen Fußball im Fernsehen ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 2. Juli 2014 (x892/...): >>**Schweine an der Macht - Eine Lese-Empfehlung**

George Orwell ist durch seinen Roman "1984", den er im Jahr 1948 veröffentlichte, weltberühmt geworden. 1945 hatte er bereits einen anderen Roman verfaßt, für den er allerdings nur schwer einen Verleger fand, der aber ein großer Erfolg und sogar als Zeichentrick verfilmt wurde. "Seit Gullivers Reisen ist keine Parabel mehr geschrieben worden, die es an Tiefe und beißendem Spott mit der Farm der Tiere aufnehmen kann", schrieb Arthur Koestler über dieses Buch.

Orwell selbst schreibt über die Entstehung des Buches: "Die Details der Geschichte wollten mir ziemlich lange nicht in den Sinn kommen, bis ich eines Tages einen kleinen Jungen sah, vielleicht zehn Jahre alt, der ein riesiges Zugpferd einen schmalen Pfad entlang lenkte und es, jedesmal wenn es sich abzuwenden versuchte, peitschte. Es kam mir zum Bewußtsein, daß, wenn solche Tiere sich ihrer Kraft nur bewußt würden, wir keine Macht über sie hätten und daß die Menschen die Tiere in ziemlich derselben Weise ausbeuten wie die Reichen das Proletariat."

Lange galt "Die Farm der Tiere" als Parabel gegen den Kommunismus, und das ist es auch. Es ist aber gleichermaßen eine Parabel auf jegliche Entartung der Herrschaft, welcher Herrschaft auch immer. Und es zeigt in Bildern die Mechanismen, die solcher Entartung zugrunde liegen und woran man sie erkennen kann.

Orwell: "Dem Roman liegt die Überzeugung zugrunde, daß alle Revolutionen letzten Endes nur eine Verschiebung im Kaleidoskop der Macht herbeiführen, daß die Grundstruktur der Gesellschaft aber immer die gleiche bleibe. Dieser Pessimismus zeigt, daß die Farm der Tiere mehr ist als nur eine Satire auf die kommunistische Revolution in Sowjetrußland. Die Satire zielt nicht nur auf den einmaligen historischen Tatbestand, sondern auf jede Revolution überhaupt, deren Ursachen und Antriebe, deren Versagen und endliche Verkehrung ins Gegenteil."

Zum Inhalt: auf einem heruntergekommenen Bauernhof verjagen die Tiere unter Führung der Schweine den Besitzer und übernehmen den Hof in Eigenregie. Aus der anfänglichen Idee der Freiheit und Gleichheit, für welche die Tiere gegen Rückeroberungsversuche kämpfen, entwickelt sich jedoch sehr bald ein neues, perfides und erfolgreiches System der Unterdrückung und Ausbeutung ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>>Der Journalismus als Herrschafts-Instrument

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizontenerweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensicht-

lich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösertigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnisssystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Atlantische Initiative, American Academy, American Jewish Committee, Deutsche Atlantische Ge-*

sellschaft, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, European Council on Foreign Relations und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefeller's Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglöck (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen

in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflußten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich

auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen-

sen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Tolerant, toleranter, totalitär**

Eine Kolumnistin empfiehlt einem Leser, seine zwei Kinder nicht zu einer Schwulen-Hochzeit zu schicken - und verliert ihren Job bei der Zeitung. Einem Münchner Gastwirt, der sich weigert, rechte Gäste rauszuwerfen und wie Aussätzige zu behandeln, droht der Entzug der Konzession.

Ein Berliner Politikwissenschaftler sieht sich plötzlich und grundlos auf einem anonymen Internetpranger mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen konfrontiert. Sein Vergehen: Er betrachtet politische Prozesse differenziert und richtet seine Lehre auch an der Realität aus - und nicht nur an linken Wunschvorstellungen.

Das ist Deutschland 2015. Jenes Deutschland, in dem nahezu täglich von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und der vielbeschworenen "Zivilgesellschaft" das hohe Gut der Toleranz gepredigt wird. Aber wie so oft bei falschen Predigern ist auch dieser Kelch statt mit Wasser randvoll mit Wein gefüllt. ...

Abweichende Meinungen werden mit allen Mitteln bekämpft. Wer es wagt, sie zu äußern, muß damit rechnen, geächtet zu werden.

Das kennt man aus Diktaturen mit demokratischem Antlitz. Da durfte auch jeder seine Meinung frei äußern - er mußte nur mit den entsprechenden Konsequenzen leben. Und die reichten von Ausgrenzung über Studier- und Berufsverbot bis zu Ausbürgerung oder Gefängnis.

Es ist kein Geheimnis, daß nicht überall, wo "demokratisch" draufsteht, auch Demokratie gelebt wird. Auch die Diktatur des realexistierenden Sozialismus nahm für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und dem Guten zu dienen. Die Wirklichkeit aber sah anders aus.

Offiziell herrscht Meinungs- und Berufsfreiheit

Und heute? Offiziell ist die Bundesrepublik ein demokratischer Rechtsstaat mit grundgesetzlich garantierter Meinungs- und Berufsfreiheit. Das Gegenteil also von einer totalitären Gesinnungsdiktatur.

Denn Totalitarismus, so das Internetlexikon Wikipedia, bezeichnet eine Herrschaft, die "in alle sozialen Verhältnisse hineinzuwirken strebt, oft verbunden mit dem Anspruch, einen 'neuen Menschen' gemäß einer bestimmten Ideologie zu formen". Wer könnte hierbei schon an die Bundesrepublik im Jahr 2015 denken?<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2016: >>Letzter Ausweg Kulturmarxismus

... Die Frankfurter Schule im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes

... Der klassische Parteimarxismus ist in Deutschland längst ad acta gelegt; die Sozialdemokraten entledigten sich seiner 1959 in Bad Godesberg; den Kommunisten und ihren Nachfolgern gelang es im Zuge der mitteldeutschen Wende von 1989/90 den einst alles beherrschenden Marxismus-Leninismus abzuschütteln. Anders verhält es sich mit dem erfolgreichsten Ableger der Ideenreihe des Marxismus, dem schillernden Neomarxismus der sogenannten Frankfurter Schule. Sie ist bis heute überaus wirkmächtig und gilt als das eigentliche ideologische Rückgrat der Bundesrepublik, wie das Standardwerk über "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" nachweist.

Wie konnte eine neumarxistisch orientierte Denkströmung derart staatstragend werden?

... Es handelt sich um "33 Thesen", die im amerikanischen Exil entstanden und Anfang Februar 1947 von Herbert Marcuse in deutscher Sprache abgefaßt wurden. Das vertrauliche Papier ist indes nicht das alleinige Produkt Marcuses, sondern wurde Ende des Jahres 1946 bei Diskussionen im innersten Zirkel der Frankfurter Schule konzipiert, den Max Horkheimer anleitete. ...

Prinzipiell gilt: Wer diese in Paragraphenform abgefaßten Thesen nicht kennt, weiß nicht, was die Frankfurter Schule ihrer ersten Natur nach war.

... Von der Sache her ... handelt es sich hier um eine Art Blaupause für einen Zivilisationsbruch nach bolschewistischem Vorbild ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Mai 2016 (x887/...):

>>Historische Kampfansage

Parteitag: Die AfD fordert ihre Gegner unerwartet selbstbewußt heraus

Die junge Partei will in ein anderes Deutschland, "weg vom 68er-Deutschland". Bei den "68ern" wächst das Unbehagen.

Die etablierten Parteien haben allen Grund, die Entwicklung der AfD nach deren Stuttgarter Parteitag mit noch größerer Nervosität zu beobachten als ohnehin. Denn die Hoffnungen der Etablierten haben sich nicht erfüllt.

Diese bestanden zum einen darin, daß sich die junge Partei auf dem Treffen selbst zerfleischen würde. Die "Chancen" hierfür standen gut: Es war ein Mitgliederparteitag, jeder AfDler durfte kommen, mitreden und mit abstimmen - ein Ritt über den Bodensee. Doch das Gemetzel blieb aus, die Debatte geriet oft leidenschaftlich, blieb aber stets zivil.

Die weitere Hoffnung der AfD-Konkurrenz ruhte darauf, daß im Getümmel Beschlüsse "passieren" könnten, die den Stoff hergeben, die Partei ins braune Eck zu stellen. Fast das einzige, was schließlich skandalisiert wurde, war die Forderung nach dem Verbot von Minarett-Bau und Muezzin-Ruf. Das mag verfassungsmäßige Grenzen überschreiten, folgt aber immerhin einem Schweizer Volksvotum.

Die AfD geht gestärkt aus diesem Auftritt hervor und schockierte ihre Gegner mit vor Selbstbewußtsein strotzender Fundamentalkritik. In seiner Begrüßungsrede gab Frauke Petry Co-Bundesvorsitzender Jörg Meuthen den Ton vor: Das Programm der AfD sei "ein Fahrplan in ein anderes Deutschland, und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben".

Das ist eine Kampfansage von historischer Dimension. "Spiegel-Kolumnist" Jacob Augstein registriert entsetzt: "Die Bilder vom Parteitag ... zeigen dieses Gefühl einer großen Befreiung. Die Bande fallen ab. Die Fesseln."

Er meint das als Horrorszenario für die linke Dominanz, die seit Ende der 60er Jahre Schritt für Schritt von der Bundesrepublik Besitz ergriffen hat.

Die AfD hat sich ein Gepräge gegeben, das sowohl liberal - ... Eindämmung des EU-

Zentralismus, Nein zum Euro - als auch patriotisch - mehr Erinnerung an positive Aspekte der deutschen Geschichte statt alles dominierender NS-Fixierung, Schutz vor unkontrollierter Einwanderung, statt dessen Einwanderung nach deutschen Interessen - und konservativ - deutsche Leitkultur statt Multikulti - orientiert ist. Sozial ist die AfD vor allem dort, wo sie die Arbeitnehmer vor der erdrückenden Konkurrenz von Massen neuer Niedriglöhner aus aller Welt schützen will, statt sie mit leicht zu umgehenden Mindestlöhnen zu blenden.

Die junge Partei wird an ihrem Profil weiter feilen und politische Kompetenz erwerben müssen. Das wird noch ein steiniger Weg, der eben erst begonnen hat. Wollen die Etablierten die AfD aber stoppen, sollten sie bald ein zündendes Gegenkonzept entwickeln. Der Weg dorthin dürfte jetzt noch steiniger werden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016 (x887/...): >>**Blind und wehrlos**

Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht

Ist der "Schuldult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.

Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören, den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.

Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.

Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.

Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistieren soll.

Wenn die Selbstaufgabe zugunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden.

Denn dann ist erwiesen, welche selbstzerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.

Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >>>Die Deutschland-Abschaffer

_ von Martin Müller-Mertens

Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.

Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomem und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.

Haß 1989, Pleite 1990

... Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche. "Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in

Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.

Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgerschaftsrechts auf."

Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Serviceestelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungsorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.

Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."

Michael Gwosdz

Selbst die - seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**

Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder

wachsen.

Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß.

Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen.

Die Sehnsucht, den eigenen Staat und die eigene Identität in einem nebulösen europäischen Superstaat auflösen zu wollen und nur noch "gute Europäer" zu sein, ist eine deutsche Besonderheit. Sie kommt den Nachbarn verdächtig vor - mit gutem Grund. Denn sie alle verfolgen ihre eigenen nationalen Interessen, wenn sie sich auf die europäische und internationale Bühne begeben.

Je mehr die seltsamen deutschen Politiker beteuern, nur dem europäischen Gedanken, den Menschenrechten und dem Weltfrieden zu dienen und dabei keine eigenen Interessen im Sinn zu haben, desto argwöhnischer unterstellt man ihnen, einen Geheimplan zur Weltherrschaft in der Schublade zu haben.

Denn der Nationalstaat ist alles andere als überholt. Politik ist auch im globalen 21. Jahrhundert Staatenpolitik. Die Staaten sind die handelnden Figuren auf der politischen Bühne, auch wenn sie sich - als EU oder UNO, als afrikanische, nordamerikanische, asiatische oder eurasische Organisationen - zu überregionalen Staatenbündnissen zusammenschließen.

Denn nur die Staaten haben völkerrechtliche Legitimität und nur im Nationalstaat kann es auch Demokratie und Sozialstaat geben.

Ohne Nationalstaat kein Staatsvolk, ohne Staatsvolk keine demokratische Legitimation und Willensbildung und keine soziale Solidarität.

Wenn die Kanzlerin behauptet, jeder gehöre zum Volk, und die SPD auch noch jedem Immigranten das Wahlrecht nachwerfen will, legen sie die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.

Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsternen Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. ...

"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung.

Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen.

Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.

Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.

Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse

das eigene Land und seine Stärken demontiert:

- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;
- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;
- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;
- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.

Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 12/2018 berichtete am 17. März 2018 über den Kampf um die Meinungsfreiheit: >>Meinungskampf: Der Riß

Die Debatte um Durs Grünbein und Uwe Tellkamp überschattet die Leipziger Buchmesse. Es geht um Flüchtlingspolitik, Redefreiheit - und die erstarkende intellektuelle Rechte.

Zweitausendsechshundert Verlage stellen auf der Leipziger Buchmesse aus, rund 20.000 Bücher erscheinen in diesem Frühjahr, manche bejubelt, manche verrissen - und sehr viele gänzlich übersehen. Und dann gibt es noch jene Bücher, deren Titel die Stimmung nicht nur der Messe, sondern des ganzen Landes schon auf dem Buchumschlag einfangen: Monika Marons "Munin oder Chaos im Kopf", Bernhard Pörksens "Die große Gereiztheit - Wege aus der kollektiven Erregung" oder Yascha Mounks "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht".

Denn die Atmosphäre ist aufgeladen, seit kurz vor der Messe bei einer Diskussion auf der Bühne des Dresdner Kulturpalasts zwei Schriftsteller aneinandergeraten sind, als ginge es um einen Familienkonflikt im deutschen Bildungsbürgertum: Durs Grünbein und Uwe Tellkamp. Beide in den Sechzigern geboren, beide aus Dresden, beide preisgekrönte Autoren, ihre Werke erscheinen beim selben Verlag, bei Suhrkamp. Doch wie das manchmal so ist bei Familienkonflikten, beide können sich kaum mehr verständigen - und das in Fragen, die, je nach Standpunkt, zu den entscheidenden des Landes gehören: Wie hältst du es mit der Flüchtlingspolitik? Wie mit Merkel? Wie mit der Rechten? Ist die Meinungsfreiheit bedroht? Was darf man heutzutage noch sagen?

"Was ist denn das für ein Scheiß?", entfuhr es Grünbein, als Tellkamp behauptete, vor der Bundestagswahl sei die AfD die einzige regierungskritische Alternative gewesen. Die Szene wirkte, als hätte ein Regisseur diesen Konflikt inszeniert:

Auf dem einen Stuhl saß einer, der die offenen Grenzen genießt, der von seinen Reisen erzählte, von Paris. Auf dem anderen einer, der diese offenen Grenzen fürchtet. Einer, der glaubt, 95 Prozent der Migranten, die nach Deutschland kommen, seien keine Flüchtlinge, sondern wanderten in die Sozialsysteme ein.

Diese Zahl ist nicht zu halten. Und doch steht der Umstand, daß Tellkamp sie vortrug, wie der ganze Dresdner Abend sinnbildlich für die Stimmung in Deutschland. Das hat seit Mittwoch zwar wieder eine gewählte Regierung, getragen von einer ziemlich geschrumpften Großen Koalition. Doch das liberale und das rechte Lager tun sich zunehmend schwer, sich überhaupt noch zu verständigen.

Es ist, als ginge ein Riß durch dieses Land. Es hat viele Risse auszuhalten, zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich, doch der Riß zwischen den Lagern, der sich nun auf der

Buchmesse zeigt, läßt sich nicht mit den gängigen Mustern wegdiskutieren, mit denen sich das linksliberale Milieu sonst das Phänomen der erstarkenden Rechten ein bißchen zu leicht erklärt hatte: abgehängt, sozial schwach, aus dem Brennpunkt, ungebildet.

In Leipzig nimmt die erstarkende intellektuelle Rechte Gestalt an. Diese intellektuelle Rechte ist eine bürgerliche Rechte, eine gut situierte, gut ausgebildete Rechte, für die, anders als für die Hilfsempfänger der Tafeln in Essen und anderswo, Migranten keine direkten Konkurrenten um Nahrungsmittel darstellen. Schon anlässlich der Pegida-Demonstrationen hatte der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen, die dort mitmarschierten, gering sei, die Zahl der Akademiker und Abiturienten aber hoch.

Für das intellektuelle Selbstverständnis der Bundesrepublik ist das eine Herausforderung.

Der italienische Philosoph Antonio Gramsci, ein Marxist, hatte einst die These aufgestellt: Wer das intellektuelle Leben beherrsche, beherrsche das Klima im Land. Die deutschen Achtundsechziger haben Gramsci gelesen und seine Theorie von der kulturellen Hegemonie umgesetzt. Seit einem halben Jahrhundert stand der Geist hier links. Doch nun hat die Rechte Gramscis Theorie gekapert.

Noch ist sie weit davon entfernt, das intellektuelle Leben zu beherrschen. Uwe Tellkamps Auftritt aber könnte ein Markstein sein. Von seinem Roman "Der Turm" hat er knapp eine Million Exemplare verkauft, allein im deutschsprachigen Raum, sein Werk ist in 15 Sprachen übersetzt. Einen derart prominenten intellektuellen Fürsprecher hatte die AfD bislang nicht.

Im "Turm" hatte Tellkamp das Dresdner Bürgertum als Träger einer selbstbewußten kulturellen Identität geschildert. Es ist nur folgerichtig, daß Dresden nun zum Schauplatz der Debatte wurde. Denn darum geht es in deren Kern: Was ist heute noch bürgerlich? Wird der Migrant, jeder Migrant, zum Bürger, auch wenn er nur kurz hier ist? Gebührt jenen, die nur kurz hier sind, ein besonderer Respekt? Digitalisierung, Globalisierung und Wandel der Öffentlichkeit sind auch für das deutsche Bürgertum eine Bedrohung.

An einer der Zentralinstitutionen dieses Bürgertums, der Oper, wirbt in Leipzig ein Transparent für "Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg". Schräg gegenüber liegt das Gewandhaus, von Polizisten gesichert, hier findet der Festakt zur Eröffnung der Messe statt, die schon jetzt ihr großes Thema gefunden hat. Keinen Sängerkrieg, aber einen Dichterstreit. Der Konflikt zwischen Tellkamp und Grünbein war nur das Donnerrollen in der Vorwoche der Messe.

Es folgte der Aufgalopp, in dem die Lager sich in Stellung brachten. Auf Twitter, wo der AfD-Abgeordnete Jens Maier freudig konstatierte, "Star-Autor Tellkamp vertritt AfD-Positionen". Im Radio, wo die Schriftstellerin Monika Maron Tellkamps Aussagen ein bißchen harmloser machte, als sie waren. Dem Deutschlandfunk sagte sie, sie könne die Aufregung darüber nicht verstehen - dabei ist sie es, die in ihrem Roman "Munin oder Chaos im Kopf" mit literarischen Mitteln von genau dem Grundkonflikt erzählt, der sich nun in der Realität zwischen Grünbein und Tellkamp abspielt.

Auf der einen Seite das eher linksliberale Milieu, auf der anderen Seite die Empörten, womöglich rechts. Und am Horizont das große Kuddelmuddel der drohenden Apokalypse, Millionen Migranten, junge Männer, sexuelle Gewalt:

"Die Kriege, die bedrohlichen Bilder in den Zeitungen und im Fernsehen, unser Straßenkampf, alles floß unter dem unbeirrbareren Rauschen des Regens zu einem endlosen Panorama zusammen, in dem ein Bild auf das andere folgte, manche miteinander verschmolzen, schwererschwingende Männer liefen hinter Panzern her."

Die Suada steigert sich, am Ende erweist sie sich als Traum - oder doch nicht? So recht weiß man das ja nie bei derartigen Weltuntergangsszenarien. Ob die rechts sind? Schon zur Bundestagswahl hatte Monika Maron über sich selbst geschrieben: "Links bin ich schon lange nicht mehr."

Uwe Tellkamp war es wohl nie, schon in seinem Frühwerk "Der Eisvogel" schrieb er über einen rechtsradikalen Terroristen. Rollenprosa, gewiß. Auch hat Literatur keiner Gesinnung zu folgen. Große Autoren waren rechts, Gottfried Benn, Ernst Jünger - sie haben sich als Einzelgänger inszeniert, das gehört dazu, der "Waldgang", wie Jünger es nannte, als Widerstandsakt gegen die Mehrheit. Doch es ist auch diese Mehrheit, die rechten Dissidenten den Glorionschein des Außenseitertums erst so richtig verschafft - manches kritische Urteil dürfte diese in ihrer heroischen Pose nur bestätigen.

Durs Grünbein attestierte Tellkamp gerade in der "Zeit": "Was wir von Uwe Tellkamp hören, kennen wir von Pegida."

Auf der Bühne des Kölner Literaturfestivals Lit. Cologne konstatierte der Grünenchef Robert Habeck vor ausverkauftem Haus: "Tellkamps Argumente waren rechte Argumente, und seine Argumentation war verschwörungstheoretisch. Er soll aufhören zu jammern. Die Scheibe einschlagen und 'Haltet den Dieb rufen', das ist ziemlich peinlich."

Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu meinte: "Was fällt mir zu dem Mist ein? Mein Rat an die Heulsusen in der rechten Ecke: Lernt Deutsch, ihr Versager, und packt euch weg. Mein Rat an Tellkamp und andere Zonenzampanos: Maul auswaschen mit Seife. Gute Bücher schreiben." Selbst Suhrkamp distanzierte sich bereits am Morgen nach der Diskussion in Dresden von seinem Erfolgsautor: "Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlags zu verwechseln. ..."

Es war kein sonderlich glückliches Manöver, auch wenn eine Suhrkamp-Sprecherin sich später bemühte, den Tweet als Ausdruck allergrößter Normalität abzutun: "Dieser Satz weist lediglich auf eine Selbstverständlichkeit hin."

Die Suhrkamp-Autorin Sibylle Lewitscharoff meint dazu: Die Äußerungen von Herrn Tellkamp mögen empörend gewesen sein, aber ich rate davon ab, sich als Verlag dazu zu äußern. Der Verlag ist ausschließlich für die Bücher verantwortlich, die ein Autor geschrieben hat, nicht für dessen politische Haltung oder sonstiges Betragen."

Kulturstaatsministerin Monika Grütters, befragt nach ihrer Meinung zur Debatte, sagt, stets werde gefordert, daß die Intellektuellen sich in aktuelle Debatten einbrächten, und zwar gerade dann, wenn Krisenstimmung herrsche. "Nur muß man es dann auch verkraften, daß diese Leute provozierende und kontroverse Positionen vertreten. Auch da gilt der Grundsatz der Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung." Gleichmaßen müsse es der Autor Tellkamp aushalten, wenn viele Menschen deutlich machten, daß sie seine Meinung für eine Zumutung halten. Dafür habe sie gerade in diesem Fall großes Verständnis.

Die Aufregung kocht eben schnell hoch, wenn es um die Frage geht, ob ein Autor rechts ist, weil es hier schnell um die zentrale Frage der bundesdeutschen Identität geht: Wie verhält man sich zur Erinnerung an den Nationalsozialismus, in der manche Rechte nur einen "Schuldkult" sehen?

Auf der Frankfurter Buchmesse hatte es im Herbst einen Eklat gegeben, als es bei einer Veranstaltung von Götz Kubitscheks Antaios Verlag zu einer Prügelei zwischen Identitären und Autonomen kam.

Oliver Zille, der Chef der Leipziger Messe, hat nun ein Sicherheitskonzept erarbeiten lassen, um zu verhindern, daß sich das wiederholt. Die rechten Verlage teilen sich eine Ecke in Halle drei, Polizisten patrouillieren durch die Gänge. Gegenüber von Kubitscheks Verlag befindet sich die "Deutsche Stimme", ein NPD-nahes Blatt, daran schließt sich der Stand von Jürgen Elsässers rechtspopulistischem "Compact-Magazin" an, martialisch bewacht von blassen, muskulösen Männern im dunklen Sakko.

Bereits am Donnerstagvormittag, die Messehallen hatten gerade erst geöffnet, geht es in einer Diskussion um die Frage "Wie politisch ist der Buchhandel?". Mit auf dem Podium sitzt Susanne Dagen, eine Buchhändlerin aus Dresden. Ihre Buchhandlung liegt am Fuße jenes Vil-

lenviertels, das Tellkamp im "Turm" beschrieben hat, gleich bei der Elbbrücke. Eigentlich ein bürgerliches Idyll.

Dagen war es, die im Herbst die "Charta 2017" initiiert hatte, einen offenen Protestbrief an den Börsenverein des Deutschen Buchhandels, dessen Unterzeichner sich dagegen wandten, daß der Börsenverein politisch Stellung bezogen hatte: Wenn ein Branchen-Dachverband darüber befinde, was als Meinung innerhalb eines Gesinnungskorridors akzeptiert werde und was nicht, dann sei unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt, hieß es da. Unterzeichnet war das Schreiben unter anderem von Uwe Tellkamp.

Eine Gruppe anderer Dresdner Autoren, darunter wiederum Durs Grünbein, antwortete mit einer Gegenerklärung: "Die Freiheit, sich zu äußern, begründet kein Recht, sich unwidersprochen zu äußern." Der "Opferhabitus", der durch die Klage über Gesinnungskorridore eingenommen werde, sei unangemessen.

Nun waren sie gefallen, die Reizworte, um die es seitdem geht: "Gesinnungskorridor", "Gesinnungsdiktatur" auf der rechten, "Opferhabitus" auf der linken Seite; Munition für einen Meinungskampf in Endlosschleife, moralisch hochgradig aufgeladen, geht es hier, je nach Sichtweise, doch um den Kampf gegen die "Gutmenschen", das "betreute Denken" oder eben um den zwischen dem hellen und dem dunklen Deutschland.

Dazwischen allerdings, könnte man einwerfen, gibt es viele Graustufen. Ist die öffentlich ausgetragene Diskussion zwischen Grünbein und Tellkamp nicht der beste Beweis dafür, daß es eine Gesinnungsdiktatur hierzulande nicht gibt? Susanne Dagen sieht das anders: "Das sogleich einsetzende Aufbrausen war der Beleg zur These. Die Stigmatisierungsmaschinerie lief unter Aufbietung sämtlicher negativ konnotierter Begriffe auf Hochtouren."

Der Mainzer Historiker Andreas Rödder stimmt ihr zu: "Es heißt immer, in Deutschland könne man alles sagen. Das stimmt, allerdings nur in einem technischen Sinne. Eine offene Debatte erfordert mehr als das, nämlich Respekt für die Meinung des anderen, auch und gerade wenn sie mir nicht gefällt." Thilo Sarrazin sei ein gutes Beispiel. "Tatsächlich konnte er alles schreiben und es auch millionenfach verkaufen. In der meinungsbildenden Öffentlichkeit aber wurde er geächtet - 'nicht hilfreich', sagte die Kanzlerin."

Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, der gerade das Buch "Die große Geiztheit" veröffentlicht hat, nennt die Debatte zwischen den beiden Schriftstellern ein "Lehrbuchbeispiel für die Empörung zweiter Ordnung", die längst zum kommunikativen Normalfall öffentlicher Auseinandersetzung geworden sei. "Jemand sagt etwas, aber dann beginnt kein Gespräch, kein suchendes, um Nuancen bemühtes Verstehen.

Dann beginnt die Sofort-Etikettierung der anderen Position, die Empörung über die Empörung der jeweils anderen Seite. Seht her! Ihr wollt nur erziehen! Nur stigmatisieren! Nur moralisieren!" Eigentlich handle es sich nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die von Ressentiments gesteuerte Simulation einer Debatte.

Schon in den Siebzigerjahren hatte es in der Bundesrepublik einen von Ressentiments befeuerten Meinungskampf gegeben, auch damals stritten Linke mit Rechten, auch damals schien es um alles zu gehen: entweder das "Vierte Reich" oder der Kommunismus. Darunter machte man es nicht.

Einer der Veteranen dieses Meinungskampfs ist Klaus Staeck, damals Plakatkünstler, später Präsident der Akademie der Künste. Eine Ausstellung mit den Arbeiten Staecks in Bonn empfing die CDU/CSU Mitte der Siebzigerjahre so sehr, daß deren damaliger Fraktionsgeschäftsführer Philipp Jenninger die Bilder von der Wand riß. Die übliche Talkshow-Dramaturgie nütze der AfD, meint Staeck: "Wenn Gangster neben Gutmensch sitzt, erhält immer der Gangster die meiste Aufmerksamkeit."

Er rät deshalb: "Macht mal halblang." Ein leicht ins Reaktionäre spielendes Geraune habe es in der deutschen Literatur schon lange gegeben. In Wahrheit aber sei die Rechte intellektuell

schwach und ein disparater Haufen mit geringer Relevanz. Der Nation fehle ein Gewissen, meint Staeck, Ratlosigkeit mache sich breit. Nicht die Äußerungen rechter Autoren seien die Gefahr, sondern die Indifferenz. Merkel habe suggeriert, die Bürger könnten die Politik einfach ihr überlassen, dann sei Ruhe.

In der Schweiz hat sich der Diskurs seit einigen Jahren merklich nach rechts verschoben. Was in Deutschland für Aufregung sorgt, ist dort längst publizistische Routine. Es sind die linken und liberalen Stimmen, die es schwer haben, noch gehört und gelesen zu werden. Eine dieser liberalen Stimmen ist der Zürcher Historiker Philipp Sarasin. Er betreibt mit anderen Intellektuellen das Blog "Geschichte der Gegenwart", reflektiert dort auch das Wesen populistischer Argumentation.

Sarasin warnt heute vor vorschneller Empörung und allem, was zur Lagerbildung beitrage. Es sei nicht so, daß eine rechte Position heute den Weg für einen neuen Faschismus bereite. Die zentrale Gefahr sei, daß die Gesellschaft auseinanderbreche. Darum müsse man den Korridor der Meinungen so weit wie möglich offen halten. Statt also nach der einen, wahren Meinung zu suchen, solle man den Streit annehmen und mit allen reden, die das überhaupt noch wollen. Dazu aber sei es nötig, ein wenig kühler zu reagieren und sich die Empörungsgesten zu sparen. Denn was solle nach den stets erwartbaren Distanzierungen kommen?

Yascha Mounk hat diese Empörungsgesten gerade selbst erfahren. Er ist in Süddeutschland aufgewachsen, mittlerweile ist er Politikwissenschaftler in Harvard, gerade hat er das Buch "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus die Demokratie bedroht" veröffentlicht - und schon ist er YouTube-Star: als Gewährsmann der Rechten. Klingt ein bißchen paradox angesichts seines Buchtitels.

Doch in einem Interview mit Caren Miosga hatte Mounk in den "Tagesthemen" von dem "historisch einzigartigen Experiment" gesprochen, eine "monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln" - rechten Bloggern genügte das als Beweis für eine ihrer liebsten Verschwörungstheorien: In Deutschland werde heimlich die Bevölkerung ausgetauscht. Wie soll man noch diskutieren, wenn Argumente derart fehlinterpretiert werden?

"Eine effektive Antwort auf rechts müsse zugleich respektvoll und prinzipientreu sein", meint Mounk. Mit Herablassung sei politisch nichts zu gewinnen. Wer Rechte schulmeisterlich belehre, werde sie nicht überzeugen. "Statt dessen sollten wir ganz klar formulieren, warum wir für unsere Prinzipien einstehen - und warum ihre Vision der Politik gefährlich ist."

Nur einer schweigt: Uwe Tellkamp. Er wolle sich nicht weiter äußern, läßt er mitteilen.

Durs Grünbein hingegen wirkt mittlerweile ein bißchen erschöpft. Er berichtet, statt noch einmal auf die Diskussion einzugehen, von einem seiner "regelmäßigen Albträume": "Man bittet mich auf das Podium (Paulskirche, Bundestag etc.), ich soll eine Rede halten und stelle fest - ich habe sie nie geschrieben. In meiner Jackentasche finden sich nur Notizzettel, die ich in der Eile nicht einmal entziffern kann."

Man könnte das für eine Metapher halten. Die Schwierigkeiten der Kommunikation.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 27. März 2018: >>**Neue Rechte: Germanische Thing-Zirkel**

In der alten Bundesrepublik suchten rechte Zirkel vergeblich nach dem historischen Moment, die Konservativen zu gewinnen. Diesmal scheint es ihnen zu gelingen.

Von Thomas Assheuer

Die deutsche Rechte, muß man wohl sagen, ist in Champagnerlaune. Eine Gruppe von Publizisten und Schriftstellern hat eine Erklärung veröffentlicht, mit der sie angesichts einer "illegalen Masseneinwanderung" sich mit jenen solidarisieren, die dafür "demonstrieren, daß die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird".

Auf der erstaunlich umfangreichen Unterschriftenliste finden sich neben konservativen Auto-

ren auch Akteure aus dem rechtsradikalen Milieu, und es ist dieser Schulterschluß, der Rechte triumphieren läßt: Daß ihre Ideen in konservativen Kreisen endlich hoffähig werden, darauf hatten sie gehofft. Das war ihr Projekt, von Anfang an.

Über diese Anfänge existieren ein paar Vorgeschichten, und eine beginnt am 11. April 1945 mit der Tagebucheintragung des Schriftstellers Ernst Jünger. Amerikanische Panzer hatten ihn aus dem Schlaf gerissen, und er staunt über die hin und her schwankenden Funkantennen auf den Stahlmonstern. Die Szene erinnert ihn an eine magische Angelpartie, die das Ziel hat, den deutschen "Leviathan" einzufangen. "Von einer solchen Niederlage", notiert er, "erholt man sich nicht wieder wie einst nach Jena oder nach Sedan. Sie deutet eine Wende im Leben der Völker an, und vieles, was uns im Innersten bewegte, muß sterben bei diesem Übergang."

Im Innersten? Damit meinte Ernst Jünger seine eigene Ideenwelt, das eigene Weltbild, er meinte seine Vorstellung von Politik, Staat, Ordnung. In der Weimarer Republik zählte Jünger zu den Vorreitern der rechten Revolte, und es war ihm eine Ehre, die Demokratie federführend und in unzähligen, auch antisemitischen Pamphleten sturmreif zu schießen. Nun, nach der "totalen Niederlage", schien für Jünger die Weimarer Rechte moralisch diskreditiert, auch wenn einige ihrer Vertreter zuletzt vor Hitler gewarnt hatten oder von seinen Schergen ermordet worden waren. Jünger benutzt ein seltenes Wort. Er spricht von "Schuld".

Es gibt zahllose Bücher darüber, wie Weimarer Rechtsintellektuelle sich in der Nachkriegszeit an die neuen Verhältnisse angeschmiegt und nach kurzer Reue versucht haben, ihren völkischen Nationalismus ein zweites Mal unters Volk zu bringen. Doch es fehlten die strategischen Partner. Die bürgerlichen Konservativen hatten sich "leider" unter der Fahne der CDU versammelt und Deutschland an die "Siegerkultur" verraten. Entsprechend ungünstig urteilte Martin Heidegger über Konrad Adenauer. Der Vater der Westbindung war für ihn offenbar kein richtiger Rechter, er war nur ein Konservativer, dazu noch Katholik.

Wie aber konnten die Rechten wieder Einfluß gewinnen? Es war der Privatsekretär Ernst Jüngers, der Schweizer Armin Mohler, der sich sofort nach Kriegsende daranmachte, das rechte Weimarer Erbe erneut einsatzfähig zu machen. Sein Verkaufstrick: Die hochaggressiven Traditionsbestände sollten nicht mehr als rechts, sie sollten fortan als konservativ etikettiert werden.

Wie Volker Weiß in seinem Buch *Die autoritäre Revolte* (Klett-Cotta) zeigt, wurde das alte Gedankengut säuberlich vom Faschismusverdacht gereinigt und dem Publikum als normale konservative Grundnahrung schmackhaft gemacht. Als Mohler 2003 starb, hielt sein letzter Schüler die Grabrede: Götz Kubitschek, heute eine Spinne im rechten Netz.

Mohler hatte zwar den Brückenschlag zu den "Demutskonservativen" vorbereitet, aber das gemeinsame Bündnis blieb eine Fata Morgana in der rechten Theoriewüste. Gewiß, es gab Allianzen mit dem NS-kontaminierten Filbinger-Dregger-Flügel der Union, es gab den Weikersheimer Kreis und Helmut Kohls politisch folgenlose Verehrung für Ernst Jünger. Doch trotz mancher Verlockung behielten die Bürgerlichen einen klaren Kopf. Sie trugen, meistens jedenfalls, die Verfassung unterm Arm, sie waren konservativ und ließen die Rechten dort, wo sie waren: in der Schmuddelzone.

Ohne Lückenschluß mit den Konservativen blieb den Rechten nur der Rückzug, das Händchenhalten in germanischen Thing-Zirkeln oder, ganz wichtig, die Arbeit an der Metapolitik. Das hieß: Wenn man parteipolitisch auf verlorenem Posten steht, dann muß man abwarten und geduldig das mentale Feld der Kultur beackern, damit die rechte Saat dann, wenn das liberale System ins Wanken gerät, auf fruchtbaren Boden fällt.

Zerstörung ist das Ziel

Die Neuen Rechten, so nannten sie sich nun, gründeten Thule-Kreise und Zeitschriften wie *Criticon*, später, in den Achtzigern, kam eine eigene Wochenzeitung hinzu. Mit einer gewissen Neigung zur Selbstwiederholung beschrieben sie die Deutschen als "niedergehaltenes"

Volk, das binnen Kurzem im Schwarzen Loch der Europäischen Union verschwinden werde. Mohlers Zöglinge studierten Bücher des französischen Philosophen Alain de Benoist über die "Kulturrevolution von rechts" und attackierten zielsicher den Liberalismus an seiner verwundbarsten Stelle: bei der sozialen Atomisierung und der Produktion von Einsamkeit.

Auch die "Wehrlosigkeit der deutschen Scheindemokratie" war ein Themenklassiker, daneben noch die übel riechende "Prolokratie" sowie die große Egalisierung in der Nacht der Götterferne. Für sie stand als bedrückendstes Beispiel das Verschwinden des Herrensalons, was deutsche Männer dazu zwinge, Gesprächen über die Wiederkehr des Lockenstabs beizuwohnen.

Im Angebot waren auch Ernst Jüngers lesenswerte, wenngleich zähflüssige Romanfantasien im Futur II. Wie die TV-Serie *Game of Thrones* malten sie eine Zukunft aus, in der der Liberalismus glücklich verendet ist und zwischen den Menschen die alte, natürliche Ungleichheit herrscht. Hier gibt es wieder den Herrn und auch den Knecht.

Kurzum, Metapolitik beruhte auf der Annahme, daß die "liberalistische Moderne" dem Untergang geweiht und - wie das Codewort heißt - in sich "vollendet" ist. Mit feinem Gespür wurde jeder Haarriß im liberalen Weltgebäude registriert, und wurde der Riß größer, war es gleich ein "Geschichtszeichen". Metaphysisch erregt, lauschte man dem anschwellenden Rumor des kommenden Bankrotts. Bald würde es so weit sein.

Das größte Geschichtszeichen war selbstredend der Fall der Mauer, und damals gelang den Rechten tatsächlich ein kurzer Brückenschlag ins bürgerliche Lager. Gemeinsam träumten viele von der "selbstbewußten Nation" und dem Ende der machtpolitischen Selbstverzweigung, denn schließlich hatte die Geschichte höchstpersönlich das Interregnum der Bundesrepublik beendet.

Jetzt, nach dem "Rückruf in die Geschichte" (Karlheinz Weißmann), stand der Heimkehr des deutschen Odysseus nach Ithaka nichts mehr im Wege. Doch leider beging ein CDU-Konservativer erneut Verrat an der heiligen Nation. Helmut Kohl bescherte Deutschland den Euro und legte den Leviathan gleich wieder an die Kette.

In den Jahren nach 1989 wurden die Rechten mit einer interessanten Behauptung vorstellig, die allerdings nicht auf ihrem Mist gewachsen war. Sie lautete, daß der Westen nicht aus eigener Kraft existieren könne und bis zum Mauerfall von außen, durch den kommunistischen Gegner, stabilisiert worden sei.

Mit dem Untergang des Ostblocks entfalle der sichernde Außenhalt, und nun fresse sich die Demokratie von innen auf - die Rechte müsse nur noch das Heer der Enttäuschten mit offenen Armen empfangen. Und so kam es auch. Während Konservative, Sozialdemokraten und Grüne sich mit dem Neoliberalismus verbündeten und dessen Verlierer mit Hartz IV belohnten, lockte die Rechte mit der Volksgemeinschaft, in der Platz für alle sei. Für alle Deutschen.

Der nächste Riß, die nächsten Geschichtszeichen waren dann Nine Eleven, der Terrorangriff auf die "Kapitale des Kapitals", und der Finanzmarkt-Kollaps 2008. Als Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde und er mit Steve Bannon einen leibhaftigen Reaktionär ins Weiße Haus holte, kam die Rechte aus dem Staunen nicht mehr heraus.

Ein Systemwechsel, vollbracht vom System selbst? Die Netzwerke glühten, denn ausgerechnet in Amerika gelang der ersehnte Brückenschlag zwischen Konservativen und Rechten. Donald Trump ist nicht nur ein Geschichtszeichen, er ist die Geschichte selbst! Er zerstört den Westen. Applaus auch aus Rußland.

Das jüngste Geschichtszeichen, das Deutschlands Rechte erkannt haben will, sind die weltweiten Fluchtbewegungen. In ihren Augen sind sie, was zum Teil stimmt, Folge der westlichen Globalisierung und setzen eine erfreuliche Dialektik in Gang: Sie machen die Rechte so stark wie nie, und wenn sich die bürgerlichen Konservativen nun ein Herz faßten und mit ihr eine schlagende Verbindung eingingen, dann stehe Deutschlands Wiedergeburt nichts mehr

im Wege. "Merkel muß weg!"

Gewiß, das sind Meinungspartikel vom rechten Rand, aber all die mutigen Geistesarbeiter und besorgten Bürger, die ihren Namen unter eine "Erklärung" gesetzt haben, die Flüchtlingen die Solidarität aufkündigt - sie sollten schon wissen, mit wem sie einen Stuhlkreis bilden. Rechte sind Rechte und keine Konservativen; ihr Ziel ist nicht Bewahrung, sondern Zerstörung. Sie wollen die liberale Öffentlichkeit nicht meinungstechnisch erweitern, sie wollen sie abschaffen.

Die Rechte träumt vom ethnisch homogenen Volk, vom organischen Staat und von seiner machtpolitischen Souveränität - ohne Rechtsgleichheit, ohne freie Gerichte, ohne Migranten, ohne "Vergangenheitsbewältigung" und ohne Einbettung in die Europäische Union. Ihre Helden heißen Wladimir Putin, Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński. Und so kann man Rechten alles Mögliche vorwerfen, nicht aber Unaufrichtigkeit. Sie sagen, was sie wollen. Und wenn sie an die Macht kommen, dann tun sie es auch. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>Von Mainz- und Muselmännchen

_ von Peter Bartels

Der Multikulti-Stadl der GEZ-Sender: Wer abends in Deutschland ins Bett geht, wacht mit dem *Morgenmagazin* auf einem anderen Kontinent wieder auf: Nur noch Moderatoren aus Afrika, Nahost und Asien. Schwarze Haare, braune Haut. Blondinen mit blauen Augen, das war früher. Als wir noch nicht fremd im eigenen Land waren ...

Von A wie *Astro TV* bis ZDF wie Muselmännchen: Mal heißen die Gesichter, die heute Deutschland präsentieren, Mitri Sirin (türkischer Syrer), mal Yasmin Parvis (Papa Perser), Pinar Tanrikolu (Türkschland), Jessica Zahedi (Iran), Aline Abboud (Libanon), Özden Terli (Türkschland) oder Till Nassif (Papa Syrer). Das Erfreuliche: Alle genannten ModeratorInnen sprechen perfekt Deutsch. Der nette Nassif mit dem Eulenspiegel-Vornamen Till parliert sogar Bayerisch! Was kein Wunder ist: Alle, die seit gut zwei Jahren im TV Buntschland repräsentieren, wurden in Deutschland geboren, gingen hier zur Schule oder zur Uni und sind gut integriert, wie man so schön sagt.

Bunt ist Trumpf

Namen sind Schall und Rauch? Leider nicht. Hier sind sie Programm. Wenn nämlich das Fernsehen Deutschlands Schaufenster nach außen *und* innen ist, dann erkennen weder die, die von draußen mal reinschauen, noch jene, die schon länger hier leben, ihr Deutschland wieder. Mehr noch: Dann scheint der blöde Klapperstorch trotz "Prime" oder "Lieferando" sich seit Jahren zu verfliegen. "Big Brother Gutmensch" hat über Nacht subkutan die Umvolkung vollstreckt. Und Merkels Schutzsuchende üben weiter im Park...

Nach der totalen Zerstörung der deutschen Identität durch die Nazis und der totalen Entnazifizierung durch die Amis krümmte sich die nationale Würde der Deutschen zur Beifall heischenden Würdelosigkeit. Schon seit den Fünfzigern wurde frenetisch bejubelt, wer schwarz war, wie Kenneth Spencer, Billy Mo oder Roberto Blanco. Und diese Sänger verstanden es, mit schöner Stimme, knödelnder Trompete oder doppelbödigen Sprüchen ("Ich bin der einzige wahre schwarze Deutsche") in Deutschland Karriere zu machen.

Sechs Millionen systematisch ermordete Juden, die Erbsünde der Deutschen, mußten ja irgendwie kompensiert, konnten en passant wenigsten musikalisch etwas weggeklatst werden. Jeder "Mr. Pumpernickel", jeder "Häuptling der Indianer", jeder GI-Heidelberger war recht, wenn er nur schön radebrechend endlich wieder mit den Deutschen zum Städele hinauszog. Dieses über Generationen anezogene deutsche Betteln um Gunst und Gnade gipfelte 2015 in einer Willkommens-Willkür nie gekannter Unterwerfung. Gestern GröFaz Hitler, heute GröKaz Merkel. Mit dem Einreißen der Grenzen entschied die Alternativlose, Deutschland endgültig abzuschaffen.

Das aber war dann offenbar selbst dem deutschen Untertan zu viel. Michel maulte. Und dann trauten sich sogar mehr und mehr Lämmer zu blöken: 12,6 Prozent AfD bei der großen Wahl (und jetzt steht die kleine, aber womöglich entscheidende Wahl in Bayern vor der Tür...). Denn inzwischen wittert Michel: Es geht um alles - das Häuschen mit Garten, die Tochter, die Frau, Arbeit, Rente, in Gottesnamen auch um den armen Kerl am Kreuz. Aaaber: "Big Brother Gutmensch" wittert auch. Und da er vom Staatsfunk bis zu den Papier-Medien alles an der ZK-Leine hat, läßt er auf breiter Front gegen alles, was deutsch ist, wettern.

Der Große Austausch

Seitdem wird jeden Morgen ab 5:30 Uhr zurückgeschossen: Hatte das *ZDF-Morgenmagazin* vor 2015 noch mehr oder weniger neun Moderatoren mit deutschen Wurzeln, sind es heute mehr oder weniger neun Moderatoren mit Migrationshintergrund. Freilich, auch vor der Merkel-Wende hatte das ZDF schon einen typisch deutschen Schwarzen. Er hieß Chernobobatey, trug Rastazopf, berlinerte biodeutsch, spielte E-Gitarre und führte hierzulande den Turnschuh-Dresscode zum Anzug ein. Papa war Schiffskoch aus Gambia, Mama Deutsche aus Berlin. Heute ist Chernos Zopf längst ab; Herr Jobatey, mittlerweile 57, trägt schicke Slipper und ist Herausgeber einer linken Laborpost im Netz.

Aber auch seine biodeutschen Weggefährten von einst haben Karriere gemacht: Peter Frey, ein inzwischen ergrauter vom Typ Versicherungsvertreter, wurde ZDF-Chefredakteur. Die Präsidenten-Belügerin Bettina Schausten ("Meine Freunde müssen für die Übernachtung zahlen") leitet heute das ZDF-Hauptstadtstudio. Maybrit Illner, Honeckers Novizin im Roten Kloster Leipzig, legt mit 53 inzwischen peinlich keck den Finger an die schmal gewordenen Lippen, wenn sie ihrem ZDF-Untersuchungsausschuß (Schimpfwort: "Talkshow") vorsitzt. Und Christian Sievers, der lange Süßi mit dem kurzen Näschen, dessen Äuglein auch mit Kontaktlinsen nicht größer wurden, bellt seit gut zwei Jahren um 19 Uhr die *Heute-Nachrichten* vom Lerchenberg. ...

Damals, als das *ZDF-Morgenmagazin* noch deutsch war, hatte es natürlich auch einen deutschen Wetterfrosch. Der änderte sogar seinen schönen Namen Ben Vogel in Ben Wettervogel. Vielleicht, weil er sowieso so aussah, vielleicht, weil er sich zur Karriere quaken wollte. Nachdem *Bild* irgendwann seinen Selbstmord gemeldet hatte, kam - genauuu - ein Migrations-Deutscher, der Türke Özden Terli. Der Fernmelder hatte zum Glück rechtzeitig auf Föhn umgesattelt. Heute sagt Özden den Rest-Deutschen im Nachmittagsprogramm, wie kalt der Wind aus Osten sein wird. Nur Mut, Junge, auch Deine alleroberste Chefin Hülya Özkan fing mal im Nachmittagsprogramm an. Mittlerweile ist die Ansagerin und Muslima glückliche Ehefrau von ZDF-Intendant Thomas Bellut.

Das *ZDF-Morgenmagazin* hat natürlich längst wieder einen neuen Ben gefunden: Benjamin Stöwe aus Eberswalde. Dem gelernten Synchronsprecher setzten clevere Werber gleich eine französische Bordeaux-Dogge aufs Fensterbrett. Diese Töle glotzt also in den Regen, wenn der angelernte Wettervogel ein Tief tremoliert oder sich im Stakkato zu einem Hoch jazzt. Immerhin: Deutsche Wurzeln! Leider nur die Wassereimer-Stolper-Nummer: Bio-Deutsche sind offenbar nur noch als Gender-Gustl oder Dödel-Detlef in TV-Buntschland gut. Hauptsache, der Redaktionsleiter haut sich im Regie-Halbdunkel vor Lachen auf die Schenkel. ...

Wirklich politisch korrekt repräsentiert wird Buntschland fast nur noch von migrantischem Wurzelgewächs: Unterhaltung, Nachrichten, Wetter - bis hin zum lieben Gott auf *Astro TV*. Sogar auf diesem Sparten-Kanal rollt eine mollige Griechin namens Theodora Kontodimou (sehr schwarze Korkenzieherlocken, sehr kurze, rote Fingernägel) aus dezent wogendem Busen irgendwas von einer "Gottesmutter", die einer anonymen Endfünfzigerin für 50 Cent die Minute ("Handy kann teurer werden") noch im Mai einen neuen Mann finden wird, sogar einen mit Geld. Oder einen Beamten. ...

Angriff auf die "alten weißen Männer"

Noch Ende Februar 2012, drei Jahre vor der Merkel-Wende, klagte ein Kai-Hinrich Renner im *Hamburger Abendblatt*: In deutschen Redaktionen gebe es kaum Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln. Vorzeige-Journalisten wie Giovanni di Lorenzo (*Die Zeit*) und Georg Mascolo (damals *Spiegel*), Väter Italiener, seien nur "Ausnahmen".

Bis dahin hießen die *Tagesschau/Tagesthemen*-Sprecher, ordinär aber biodeutsch, tatsächlich fast nur Karl-Heinz Köpcke, Hanns Joachim Friedrichs, Dagmar Berghoff, Eva Herman. Heute heißen sie Ingo Zamperoni, Pinar Atalay, Linda Zervakis. Ingo hat italienische, Pinar türkische, Linda griechische Wurzeln. Zum perfekten Wunschland für "Big Brother Gutmensch" wird Buntschland, wenn Julia Niharika Sen (Papa Inder) von NDR 3 die Zuschauer zur *Tagesschau* mit Linda Zervakis weiterreicht. ...

Beim *ZDF-Mittagsmagazin* strahlt sich neuerdings Jana Pareigis zur Karriere. Sie wurde 1981 in Hamburg geboren, trägt meistens knallrot, knallgelb, knallgrün und hat flammend rote Nägel. Sie ist schwarz, eigentlich braun, aber das klingt ja politisch nicht sooo korrekt. Fräulein Pareigis ist nämlich "polyethnisch", schnappatmet *Wikipedia* wie im Rausch: Deutschland, Schweden, Simbabwe (Afrika) lieferten ihr Gene. Sehr viel Afrika, wie jeder sieht. Vorbildung? Peacekeeping-Department bei der UNO. Uuund: Assistentin beim Chefredakteur von N24, heute *Welt-TV*. Nicht schlecht, Fräulein Specht.

Übrigens: Tanit Koch, die Assistentin von *Bild*-Totengräber Kai Diekmann himmelte sich sogar zeitweise zu dessen Nachfolger als Chefredakteuse hoch. Also aufpassen, "alter weißer Mann" Peter Frey...

_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei "Bild". 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von "Bild" - als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 13. November 2018: >>**Soziale Gerechtigkeit: Die da oben, wir da unten**

Woran krankt die Gesellschaft - am Neoliberalismus und der Diktatur der Eliten? ...

Von Tanjev Schultz

... Wie groß die Gefahr ist, bei solch einer Radikalisierung abzudriften in krude Bescheidwissererei, zeigt das Buch von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Kieler Psychologie-Professor führt den Bürgern die Techniken der Manipulation vor Augen, die sie angeblich zum Stummsein verdammen. Für Mausfeld wird das Publikum beherrscht von "einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird". Manipuliert von neoliberalen Eliten und sediert von ungeordneten Informationen und dummer Unterhaltung, schweigen die Lämmer.

Die freie Presse und die liberale Demokratie sind in dieser einfachen Sicht auf die Welt weitgehend Lug und Trug; und man müßte nur ein paar Vokabeln von links nach rechts drehen, und schon könnten auch Trump oder die "Lügenpresse-Krakeeler" der Analyse gut folgen. Daß in der angeblich so neoliberal dominierten Presse über die Steuerflucht der Reichen ausgiebig debattiert wird oder Recherchen wie die "*Panama Papers*" möglich sind - für Mausfeld offenbar egal.

Er vertritt eher schematische Wahrheiten, zum Beispiel die, daß das Völkerrecht sich zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt habe. Solche Sätze sind schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr. Jedenfalls werden sie der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht.

Ein bißchen Adorno, ein bißchen Noam Chomsky - fertig ist das Buch für linke Wutbürger

Das Buch ist auch nicht besonders originell. Es baut auf einer radikalen Demokratietheorie auf, mischt sie mit den Denkfiguren des alten Adorno und des im Laufe der Jahre immer zor-

niger und paranoider werdenden Noam Chomsky - und fertig ist ein Buch für den linken Wutbürger. In dessen Weltbild wünschen sich die "herrschenden Eliten" angeblich eine bloße "Zuschauerdemokratie" mit lethargischen Bürgern.

Wirklich? Wer sich umhört bei den "Eliten" wird auf sehr viele treffen, die ein hohes Lied auf zivilgesellschaftliches Engagement singen und sich wünschen, daß die Menschen wählen gehen, daß sie in Parteien und Vereinen aktiv werden und sogar ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Aber bestimmt steckt dahinter nur eine neoliberale Finte ...

Der Neoliberalismus ist für Mausfeld "weltweit der größte Feind von Demokratie". Das ist angesichts brutaler Diktaturen eine verwegene These, aber damit nicht genug: In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden - man könnte auch sagen: infam - argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2018 berichtete im August 2019:
>>**Schwarzer Kanal, bunte Manipulation: Propagandamuster in DDR und BRD**

Wie zu DDR-Zeiten wird auch heute die Öffentlichkeit von der Regierung kontrolliert und gelenkt. Die GEZ-Medien sind keineswegs objektiver als die privaten.

_ von Enrico Komning

Wer regiert uns, wer lenkt uns, wer manipuliert uns, und wie funktioniert das Ganze? Warum sind Medien so mächtig und warum so anfällig für absichtliche oder fahrlässige Fehl- und Falschmeldungen? Im Folgenden werde ich nicht auf die sozialen Medien mit all ihrer Inhaltsfülle und ihren Problemen bei DSGVO sowie NetzDG eingehen, denn das würde den Rahmen sprengen, sondern mich an den herkömmlichen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen orientieren.

Schon vor 2015, danach aber um so intensiver, wird Kritik an Medien lauter und offener vortragen. Schlagworte wie Lügenpresse, Lückenpresse oder Fake News sind in aller Munde. Mal laut anklagend, mal flapsig behauptend, mal tiefgründig nachweisend. Die Menschen nehmen zunehmend wahr, daß sich die Berichterstattung häufig nicht mehr mit ihren eigenen Wahrnehmungen deckt. Sie erkennen, daß Rundfunk, Fernsehen und Presse etwas ganz anderes berichten als das, was sie selbst erlebt haben.

Journaille und Volk

Das erinnert, zumindest im Osten, sehr an schlimmste DDR-Zeiten, in denen man nach offiziellen Verlautbarungen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben immer überplanmäßig erfüllt hat, die Regale aber leer waren und der Mangel an allen Ecken sichtbar war. So wird die Tagesschau schon mal mit der Aktuellen Kamera verglichen oder die ARD-Sendung Panorama von Anja Reschke mit dem Schwarzen Kanal von Karl-Eduard von Schnitzler.

Den Medienmachern und deren politischen Hintermännern ist dieser Erkenntnisgewinn der Bürger ein Dorn im Auge. Deshalb werden die oben genannten Ausdrücke als "rechte Kampfbegriffe" verschrien und deren Benutzer in die Nähe von Diktatur-Sympathisanten gerückt. So schrieb Sascha Lobo auf Spiegel Online am 13. November 2016 unter der Überschrift "Lügenpresse ist keine Medienkritik": "Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft."

Mit keinem Wort setzt sich der Autor mit den eigentlichen Kritikpunkten, die gegen die Medien vorgebracht werden, auseinander, sondern würgt die Kritik ab und spielt sie herunter - obwohl er ein gegenläufiges Zitat von Frank-Walter Steinmeier anführt: "Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der

Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."

Der Bundespräsident beschreibt das Problem aber nicht ausreichend. Die Kritik vieler Bürger geht weiter: Laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Februar 2016 waren drei Viertel der Deutschen der Meinung, daß die Medien kein korrektes Bild vom Bildungsniveau und Familienstatus der Flüchtlinge des Jahres 2015 zeichnen.

In völligem Gegensatz dazu steht die Selbstwahrnehmung der Presseleute und ihre völlige Selbstüberschätzung. So verglich der Spiegel Journalisten in einem Artikel aus diesem Frühjahr mit den demokratisch gewählten Abgeordneten der Parlamente: "Wenn man so will, sind auch die Medien in Deutschland repräsentativ.

Journalisten haben es zu ihrem Beruf gemacht, die Nachrichten zu gewichten und zu entscheiden, was wichtig und was nicht so wichtig ist." Der Chefredakteur der Berliner Zeitung meinte gar: "Die Medien sind ja die vierte Gewalt." Die Chefredaktion der Zeit hob völlig ab: "Wir Journalisten haben eine Muezzin-Position." Journalisten als religiöse Prediger, die den dummen Schafen die Welt erklären müssen. ...

Auch die Öffentlich-Rechtlichen verbreiten Unwahrheiten und Falschmeldungen. Ihre Unabhängigkeit ist ohnedies gefährdet, denn Politiker sind in ihren Rundfunkräten vertreten, und eine Einflußnahme ist zumindest nicht ausgeschlossen. Auch die Programmdirektoren haben meistens ein Parteibuch. Damit sind nicht wegzudenkende Partei- und Politiknähe vorhanden und entsprechende Abhängigkeiten gegeben, weshalb von Neutralität nicht mehr die Rede sein kann.

Gerade durch Festlegungen im Ende letzten Jahres auch durch Deutschland unterzeichneten UN-Migrationspakt ist offensichtlich, daß Medien genutzt werden sollen, um auf Denken und Ansichten der Menschen einzuwirken. So wird im Ziel 17 des Migrationspaktes als Maßnahme c.) gefordert, "die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung derjenigen Medien einzustellen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung von Migranten unterstützen" - also Geldhahn zu bei kritischer Berichterstattung!

Bilder, die lügen

Gerade bei den Öffentlich-Rechtlichen geht es um Meinungsmache. Und da ist jedes Mittel recht. Nicht nur Verzerrungen, Weglassungen oder Hinzudichtungen, sondern immer wieder auch plumpe Unwahrheiten werden eingesetzt - und bei Enttarnung als sogenannte Fehler heruntergespielt. ...

Framing - Handbuch der Manipulation

Die Meinungsmacher haben erkannt, daß Worte und Sprache in den Medien wesentliche Manipulationselemente sind. Für 120.000 Euro (aus GEZ-Zwangsgeldern bezahlt) ließ die ARD ein Strategiepapier entwickeln, das nach der Kritikwelle gegen die Öffentlich-Rechtlichen dazu dienen sollte, in der Debatte wieder Oberwasser zu gewinnen. So heißt es in diesem sogenannten Framing-Manual: "Auch und gerade in Zeiten, in denen Gegner der ARD deren Relevanz in Frage stellen", gehe es darum, die Aufgaben und Ziele der ARD "gegen die orchestrierten Angriffe von Gegnern" zu verteidigen. Darauf fragte *Bild.de*: "Sieht sich die ARD in einem Krieg gegen ihre kritischen Zuschauer?"

Framing ist ein Forschungsfeld aus der Linguistik, bei dem es im Kern um die Frage geht, wie bestimmte Sprachmuster, vor allem Metaphern, einen Deutungsrahmen setzen - also letztlich das Denken und auch das Handeln steuern. Es bedeutet, daß Themen in einen Kontext eingebettet werden, der bei den Empfängern bestimmte Assoziationen hervorruft. Ein Beispiel: Es ist ein Unterschied, ob man eine Infrastrukturabgabe als Pkw-Maut oder als Ausländer-Maut bezeichnet.

Das Gutachten enthält Sprachregelungen für Mitarbeiter und ruft dazu auf, Begriffe zu ver-

wenden, mit denen die ARD positiv dargestellt wird. Über den Rundfunkbeitrag heißt es in dem Papier, dies sei keine "Zwangsabgabe" oder "Zwangsgebühr" (so nennen Kritiker der ARD das, was früher GEZ-Gebühr genannt wurde), sondern "unsere finanzielle Beteiligung". Die Arbeit der ARD sei "von moralischen Prinzipien getragen", überzeugt von der eigenen "moralischen Notwendigkeit für das gesellschaftliche Miteinander".

Kritik am Papier kam - man höre und staune - selbst vom WDR-Rundfunkrat: Das Papier sei "keine vernünftige Grundlage für eine Diskussion", sagte die Europa-Parlamentarierin Petra Kammerevert (SPD) bei der Gremiensitzung. Es enthalte nicht mehr zeitgemäße "linke Kampfbegriffe". ...

*_ Der Text basiert auf einem Vortrag bei der AfD Vorpommern-Greifswald am 20. Juni 2019. Enrico Komning (*1968) ist Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises.<< Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2019 berichtete im August 2019: >>Die*

Demokratiesimulation hakt

_ von Martin Sellner

Meinungsterror in Absurdistan: Je stärker die Herrschenden die Zügel anziehen, desto mehr offenbaren sie ihre totalitäre Fratze. Darin liegt eine Chance für freiheitliche Patrioten.

In den letzten 14 Monaten fanden bei mir drei Hausdurchsuchungen statt. Jedes Mal drang die Staatsmacht in meine Wohnung ein und nahm mir alle elektronischen Geräte - auch mein Handy - ab. ...

Der oberösterreichische Polizeichef sekundierte in der Kronen-Zeitung: "Pures Strafrecht hat bisher noch nicht gegriffen." Daher müsse man sich andere Wege gegen die "Einnistung" der Identitären überlegen. Damit bediente sich der Mann fast haargenau der Wortwahl, die das frühere DDR-Ministerium für Staatssicherheit in ihrer "Richtlinie zur Zersetzung" verwendete.

Die Diktatur der Clowns

Unterdessen feiert das Feuilleton die Gesetzesbrecherin Carola Rackete, der in Italien zu Recht der Prozeß wegen Schlepperei gemacht werden soll. Asylanten dürfen nicht als "Goldstücke", Deutsche aber als "Köterrasse" bezeichnet werden. Hakenkreuzschmierereien auf AfD-Büros gelten als rechte Straftaten, die CDU ruft dazu auf, Rechten die Grundrechte zu entziehen. Und der Grapscher und syrische Migrant Aras Bacho verkündet auf Twitter, "Urlaub in Syrien" machen zu wollen, um seinen "Kopf freizukriegen".

Deswegen wird unsere Gegenwart von zynischen Stimmen als "Clown World" bezeichnet - eine surreale Clown-Welt, in der alles möglich ist und der Wahnsinn Methode hat. Inmitten von Klima-Greta, viralen Rezo-Videos, Kinder-Drag-Queens, Abtreibungspartys, Massenvergewaltigungen, Internetzensurgesetzen und antipatriotischen Algorithmen fällt es manchmal schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren. Man fühlt sich machtlos, überwältigt von Wahnsinn, Frechheit, Gemeinheit und Heuchelei unserer Gegner.

Jedes System muß seinen Totalitarismus verstecken und leugnen, daß es eine echte Opposition gibt. Nur so kann die Zone der Gleichgültigkeit aufrechterhalten werden, die die Säule einer jeden Diktatur ist. Es ist der Raum der Demokratiesimulation, in der jeder Bürger gemütlich vor sich hin leben kann, ohne etwas von Widerstand und Repression mitzubekommen. Deswegen lief sowohl im NS- als auch im Sowjetreich die Kino-Industrie auf Hochtouren - noch bis kurz vor dem Untergang. Gedreht wurden nicht nur Propagandaschinken, sondern auch unpolitisch wirkende Unterhaltungsfilme.

Heute schwindet diese Zone der Gleichgültigkeit Tag für Tag und macht Platz für die wahnwitzige Clown-Welt. Unseren Gegnern wird aber die Dialektik von Autorität und Sanktion auf die Füße fallen: Je mehr sie an der Repressionsschraube drehen, desto weniger Arbeitsspeicher bleibt für die Demokratiesimulation übrig. ...

Martin Sellner ist Kopf der Identitären Bewegung Österreich. 2017 erschien sein Buch "Identitär! Geschichte eines Aufbruchs" (Verlag Antaios) ...<<

Schlußbemerkungen: Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Besonders die durch Zwangsbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender unterstützten wegen fehlender objektiver Berichterstattung die Durchsetzung der sogenannten "politischen Korrektheit" in der Öffentlichkeit. In den Zeitungen und Zeitschriften wurden abweichende Auffassungen und kritische Meinungen ebenfalls meistens nicht mehr publiziert.

Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten unentwegt Argumente, wie z.B. Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Faschismus, Rassismus usw., ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.

Infolge der jahrzehntelangen einseitigen Berichterstattung und der systematischen Umerziehungsmaßnahmen durch die "politisch korrekten" Staatsmedien, Staatskünstler und Staatsintellektuellen, die auffallend an die Zustände in der ehemaligen DDR erinnern, sehen die meisten Deutschen die historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts nur noch aus der "einseitigen Sicht" der Siegermächte. Viele Deutsche sind heute davon überzeugt, daß die Deutschen im Jahre 1945 tatsächlich von den Siegermächten "befreit" wurden. Zum Schluß setzten die linksradikalen Gutmenschen die Ausmerzungen aller deutschen Traditionen durch, so daß die Deutschen praktisch ihre eigene Identität und Daseinsberechtigung verloren.